Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.) Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., f. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 291. **Freitag den 14. Dezember 1900.** 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.")

Berlin, den 12. Dezember 1900.

Aus dem Reichstage. Der dritte Tag der Etats-Berathung stand vollständig unter dem Zeichen der Transvaalburen resp. des Nichtempfanges des alten Präsidenten Krüger, sowie unter dem Zeichen der 12 000 Mark-Affäre aus dem Reichsamt des Innern. Das letztere ist für die politischen Zustände Deutschlands außerordentlich bezeichnend: die wichtigste Frage der inneren Politik, die Frage der Getreidezölle muß zurücktreten, weil der Reichstag sich mit Dingen beschäftigen muß, die nach den eigenen Erklärungen des Reichskanzlers durchaus geeignet sind, die Regierung der einseitigen Parteinahme gegen die Arbeiter zu beschuldigen.

Der Anfang der Verhandlungen ließ freilich die lebhafte Debatte, die sich nachher entspann, noch nicht erwarten. Bemerkenswerth ist nur die Thatsache, daß Herr Rickert im Namen der freisinnigen Vereinigung dem Reichskanzler für die Abweisung Krüger's dankte; bei diesen Wadenstrümpflern geht die Verneigung nach oben so weit, daß sie dem Empfinden des gesammten Volkes zum Trotz die Handlungen der Regierung billigen. Das wird so lange dauern, bis das Volk ihnen die Gelegenheit zu dieser Vertretung der Volksinteressen gänzlich nimmt.

Als aber der alldeutsche Hasse, soeben von dem Präsidenten Krüger aus dem Haag heimgekehrt, die Tribüne betrat, kam die Transvaal-Angelegenheit sofort zu ihrem Rechte. Ganz ausnahmsweise sind wir einmal mit Herrn Hasse einverstanden; das ist ein deutliches Zeichen dafür, wie allgemein in allen Volksschichten (bis auf Herrn Rickert) die schroffe Abweisung des unglücklichen alten Mannes verletzend und erbitternd gewirkt hat. Und das ohne jeden ersichtlichen Nutzen. In seiner Erwiderung konnte der Reichskanzler in keiner Weise diesen Vorwurf entkräften: Mag unsere Politik noch so vorsichtig sein und noch so viel Rücksicht auf England nehmen, das nach dem geheim gehaltenen Abkommen in gewisser Beziehung wohl unser Bundesgenosse ist — so weit darf diese Rücksicht nicht gehen, daß wir deswegen die Pflichten der einfachsten Höflichkeit verletzen, deren Erfüllung in diesem Falle auch dem allgemein menschlichen Gefühle entsprochen hätte.

Genosse Bebel, der gleich nach dem Reichskanzler zu Worte kam, vertrat diesen Standpunkt mit großer Wärme, wobei er den ungetheiltesten Beifall im ganzen Hause fand (bis auf Herrn Rickert).

Dann aber rechnete Bebel mit dem Grafen Posadowsky gründlich ab. Nach der Erklärung des Reichskanzlers konnte man glauben, daß man auf Seiten der Regierung eingesehen habe, ein wie „bedauerlicher Mißgriff" jener Bittgang um die 12 000 Mk. gewesen ist. Aber nein! Graf Posadowsky erklärt, daß jener Vorfall durchaus korrekt gewesen sei, höchstens könne man über seine Opportunität im Zweifel sein. Der Reichskanzler hatte die bestimmte Versicherung abgegeben, daß ein solcher Mißgriff nicht wieder vorkommen würde, so lange er die Geschäfte leite; nach den Erklärungen des Grafen Posadowsky aber, seines Stellvertreters, kann man auf eine Wiederholung durchaus gefaßt sein. Da scheinen wir ja eine prachtvolle homogene Regierung zu haben!

Die weitere Kritik, die Bebel an der nachträglichen Vertheidigung der Zuchthausvorlage durch den Grafen Posadowsky übte, der festhält an der Auffassung, daß sie auch gegen die Arbeitgeber gerichtet war — darum gaben diese ja auch die 12 000 Mk. her — fiel so wuchtig aus, daß der edle Graf jede Antwort vergaß. Zwar ergriff er nach Bebel das Wort, aber mit keiner Silbe berührte er die 12 000 Mk. noch einmal; er beschränkte sich lediglich auf eine Vertheidigung des Briefes des Herrn Laeisz, die heute viel milder ausfiel als gestern. Gestern hatte der Graf geradezu den Gedanken erwecken können, daß er seinen wahren Beruf, eben den des Vertheidigers, verfehlt habe. Nachdem jedoch heute Genosse Bebel auch diese Vertheidigung unter die Lupe seiner Kritik genommen, plädirte Graf Posadowsky nur noch auf mildernde Umstände, da ja der Hauptübelthäter gestorben sei. — Nach einigen unwichtigen Bemerkungen des Abg. Sattler vertagte das Haus die Debatte auf morgen — es war bereits 7 Uhr vorbei. Doch schleuderte vor Schluß der Sitzung noch der Abg. Richter einige witzige, recht bissige persönliche Bemerkungen gegen den Alldeutschen Hasse, der ihn leichtsinniger Weise gereizt hatte.

18. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, v. Goßler, Frhr. v Thielmann.

Die erste Etatsberathung wird fortgesetzt.

Rickert (FVg.): Ich bin der Ansicht, daß der gegenwärtige Etat zu allzu düsteren Besorgnissen nicht Anlaß giebt. Auf Einzelheiten will ich nicht weiter eingehen und nur an den Kriegsminister die Frage richten, ob die Nachrichten über die Anschaffung neuer Gewehre richtig sind. Ich selbst glaube nicht daran. Man hat soviel von Sparsamkeit geredet. Ja wo soll man denn sparen? Daß die Militärverwaltung sparsam wirthschaftet, hat schon Herr Liebknecht anerkannt. Auch beim Marineetat ist keine Sparsamkeit möglich. Die Weltpolitik ist eine Nothwendigkeit und es müssen daher auch ihre Konsequenzen getragen werden, die nur in neuen Steuern bestehen können. Sehr wünschenswerth wäre eine Reichsfinanzreform. Neue Steuern würden garnichts schaden, wenn sie nur an richtiger Stelle erhoben werden. Ich komme zum Zolltarif. Bei seiner Aufstellung will auch die Oeffentlichkeit ein Wort mitreden. (Sehr wahr! b. d. Freis.) In dem wirthschaftlichen Ausschuß sind große Interessentenkreise nicht vertreten. Wenn diese nun sich zu Vereinen zusammenschließen, um ihrerseits zu der wichtigen Frage Stellung zu nehmen, so kann man ihnen das nicht verdenken, wie das Herr v. Kardorff gestern that. Einer Agitation gegenüber, wie sie der Bund der Landwirthe betreibt, der Dutzende bezahlter Agitatoren für sich Propaganda machen läßt, müßte Industrie und Handel viel rühriger sein. (Sehr richtig! links.) Es soll jetzt eine Enquete über die Lage der Landwirthschaft veranstaltet worden sein; die Resultate hat man aber nur aus der „Münch. Allgem. Ztg." erfahren. Danach sollen nur 26½ pZt. der Einnahmen aus Getreide herrühren, während 40 pZt. aus der Viehwirthschaft herrühren. Ein großer Theil sogar der mittleren Betriebe muß Getreide zukaufen. (Hört! hört! bei d. Freis.) Die Agrarier, die ein Interesse an hohen Getreidezöllen haben sind also nur ein verschwindend kleiner Theil der Landwirthschaft, nicht die Landwirthschaft als Ganzes. (Oho! rechts. Sehr richtig! links) Graf Limburg-Stirum hat auch von der Verschuldungsfrage gesprochen. Der Landwirthschaftsminister v. Heyden hat einmal gesagt, man dürfe auf den Gütern nicht eine Verwaltung auf fremde Rechnung betreiben. Schulden tilge man, indem man sie bezahle. Sie aber suchen sie auf fremde Schultern abzuwälzen. Ich komme nun zu den Buren. Die „Deutsche Tagesztg." hat behauptet, das deutsche Volk und die deutsche Regierung gingen in der Frage der Behandlung der Buren verschiedene Wege. Die Regierung habe den Transvaalkrieg mit verschuldet. Das sind nun unsere agrarischen Patrioten Es hieß nach der Rede des Grafen Bülow in der „Deutschen Tagesztg.": „Von den Millionen Deutschen, die in dem Nichtempfang Krügers eine Demüthigung, eine Verbeugung vor England sehen, wird Graf Bülow nicht einen Einzigen belehrt haben." Ich behaupte dagegen, daß der Nichtempfang Krügers durchaus korrekt war. Deutschland hat Krüger rechtzeitig gewarnt; damals hat dieser aber ein Schiedsgericht abgelehnt. Ich würde es für einen großen Fehler halten, wenn das deutsche Reich in dieser realistischen Politik nicht einmüthig hinter dem Reichskanzler stände. (Lebhaftes Bravo!)

Kriegsminister v. Goßler: Der Herr Abg. Bebel bezog sich auf einen vom „Vorwärts" veröffentlichten Artikel, in dem auf Grund eines Gerüchts behauptet worden ist, daß 10. Armeekorps solle ein neues Gewehr erhalten haben. Gerüchte, die vom „Vorwärts" verbreitet worden, sind nach meiner Erfahrung fast immer unrichtig. So ist es auch in diesem Fall. Man sprach von einem skandinavischen Gewehr mit automatischer Ladeeinrichtung und die Artillerie-Prüfungskommission hat sich bemüht ein solches Gewehr zu erhalten, da sie sich über alle Fragen der Bewaffnung auf dem Laufenden zu halten pflegt. Es ist ihr aber nicht gelungen, ein solches Gewehr zu bekommen. Von einer Bewaffnung eines Theiles der Armee mit diesem Gewehr kann also nicht die Rede sein. (Hört! hört! rechts.) Auch von einer bessern Vorrichtung zur Hemmung des Rücklaufs bei Kanonen sind von der Artillerie-Prüfungskommission Proben verlangt worden, die ihr aber noch nicht zugegangen ist.

v. Glebocki (Pole): Ein Eingriff des Erzbischofs von Stablewski bei der Wahl in Meseritz-Bomst in die Wahlfreiheit der Wähler liegt nicht vor. Trotzdem hat der Abg. Sattler versucht, aus diesem Vorfall politisches Kapital zu schlagen. Jedenfalls hat ihn das bisherige tadellose Verhalten des Erzbischofs Stablewski verdrossen.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen einem Abgeordneten nicht Motive unterschieben, die er nicht geäußert hat.

v. Glebocki (fortfahrend): Wir protestiren gegen eine solche Untergrabung der kirchlichen Autorität. Der unberechtigte Angriff des Abg. Sattler war ein Mißbrauch der Tribüne des Reichstages.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie haben nicht das Recht, das zu sagen. Es steht mir allein zu, zu beurtheilen, ob ein Abgeordneter die Tribüne mißbraucht. (Während der Rede des Abgeordneten Glebocki hat der Reichskanzler den Saal betreten.)

Schwerin-Löwitz (K.) tritt für den wirthschaftlichen Ausschuß ein. Dieser habe es sich zur Pflicht gemacht, den zwischen den einzelnen Klassen des Volkes herrschenden Kampf in seiner Schroffheit abzuschwächen. Auch unserem Handel habe er Schutz verschafft gegenüber dem ausländischen. Sodann geht Redner auf die Bedeutung der Landwirthschaft für den Staat ein und fordert Erhöhung der Getreidezölle, die unbedingt nothwendig sei, da die Landwirthschaft der Kern des deutschen Reiches sei, ein Bollwerk des Monarchismus. Unbedingt nothwendig ist es, daß Deutschland wirthschaftlich unabhängig wird. Das kann nur durch eine kräftige Landwirthschaft geschehen. Wir möchten deshalb bitten, daß der Zolltarif noch in dieser Session eingebracht wird. Es weht ja jetzt oben ein frischer Wind. Hoffentlich bringt er auch einen flotteren Zug in die Behandlung von Gesetzentwürfen innerhalb des Reichsamts. (Bravo! rechts.)

Dr. Hasse (NL.) [mit allgemeiner Unruhe und Heiterkeit empfangen]: Herr Richter hat gewünscht, mich gestiefelt und gespornt, mit eingelegter Lanze jeden zum Zweikampf auffordern zu sehen, der gegen diesen Empfang des Präsidenten Krüger sei. Den Spaß werde ich Herrn Richter nicht bereiten. Daß Herr Richter einen solchen Witz hier machen konnte und daß das Haus dazu lachte, bedaure ich tief. (Lachen links.) Nicht nur die alldeutsche Presse hat die Haltung unserer Regierung getadelt, es müßte denn das „Berliner Tageblatt" zur alldeutschen Presse gehören. Herr Rickert hat allerdings heute eine etwas andere Stellung eingenommen als sein Blatt. (Rickert: Mein Blatt? Große Heiterkeit.) Den Vorwurf, daß Dr. Lehr und ich am Montag fehlten, muß ich als naiv zurückweisen. Wir wußten, daß wir am Montag nicht mehr zu Worte kommen konnten, da unser Etatsredner Dr. Sattler war. Außerdem waren vom Vorstand des alldeutschen Verbandes die Herren v. Kardorff, Arnim und Stolberg anwesend. Wenn es nöthig gewesen wäre, hätten sie schon geredet. (Heiterkeit.) Im Haag habe ich Montag mit anderen Herren eine Adresse an den Präsidenten Krüger überreicht. Die Darstellung in der „Kölnischen Zeitung" ist eine irreführende. Denn alles was von seiten des alldeutschen Verbands geschieht, wirkt auf die „Kölnische Zeitung" wie das rothe Tuch auf den Stier (Heiterkeit.) Ich bedaure, daß der Herr Reichskanzler dieses wetterwendische Blatt noch zu offiziösen Nachrichten benutzt. Sie sagt, ich hätte der Besprechung aus dem Wege gehen wollen. Nun sie sieht, daß sie sich geirrt hat. Ferner hat die „Kölnische Zeitung" behauptet, wir hätten in unserer Adresse den Stab über die Politik des Reiches und des Kaisers gebrochen. Ich bin gezwungen auf die Vorgeschichte einzugehen. (Zuruf: aber nicht zu lang!) Wir wollten die Adresse in Berlin überreichen, leider aber waren wir ohne unsere Schuld dazu gezwungen, es im Haag zu thun. Das war ja auch gar nicht im Ausland, da der alldeutsche Verband dort auch Mitglieder hat. (Zuruf: Dann sind Sie ja international.) National, aber über die ganze Erde verstreut. Deutsche wohnen überall auf der ganzen Erde. Nicht im Namen des deutschen Volkes habe ich gesprochen, sondern ich begann: „Nicht im Auftrage des amtlichen Deutschland (Rufe: das ist ja selbstverständlich!), sondern im Namen des alldeutschen Verbands", habe aber hinzugefügt, getragen von den Sympathien des ganzen deutschen Volkes. (Sehr richtig! b. d. NL.) Zu meinem Erstaunen befinde ich mich in Uebereinstimmung mit Herrn Bebel. Alles kann ich unterschreiben, was er gesagt hat. Es ist in hohem Grade bedenklich, wenn die bürgerlichen Parteien sich mit der Sozialdemokratie in Uebereinstimmung befinden in der Kritik einiger Handlungen unserer Regierung. Ist das der Fall, so kann man wohl vermuthen, daß in der That etwas nicht richtig ist. (Gelächter links) — Es ist die Gefahr vorhanden, daß wir durch des Reichskanzlers glänzende Beredtsamkeit über die wahren Verhältnisse getäuscht werden. Recht hat der Herr Reichskanzler, wenn er sagt, wir müßten strikte Neutralität bewahren. Mir scheint das aber eine Neutralität zu Gunsten Englands gewesen zu sein. (Sehr richtig!) Die Begleiterscheinungen der Abweisung Krügers haben die deutsche Empfindungen verletzt. Wir hetzen nicht gegen England, aber wir wollen, daß Deutschland mit England auf dem Fuße der Gleichberechtigung handelt und behandelt wird. Es war doch sehr eigenthümlich, daß die „Times" schon vorher wußte, daß Krüger nicht empfangen werden würde. Darnach scheinen eigenthümliche Beziehungen zwischen Wilhelmstraße und jenem Weltblatt zu bestehen. Seit dem Sansibarvertrag sind wir von England bei jeder Gelegenheit über's Ohr gehauen worden. (Sehr richtig! rechts.) Auch die „Frankfurter Zeitung" — gewiß kein alldeutsches Blatt — hat in einem Artikel über den jüngsten englisch-portugiesischen Vertrag gemeint: „Wir haben die Buren umsonst im Stich gelassen und sind wieder von den Engländern über's Ohr gehauen worden." Aehnlich liegt die Sache beim Yangtse-Vertrag. — Durch Krügers Empfang wären friedliche Beziehungen zu England keineswegs gestört worden. England befindet sich doch in einem Schwächezustand. Der glänzendste Empfang hätte Krüger sicher nicht viel genützt. Uns aber hätte er genützt. Man hat gesagt, die Buren seien undankbar gegen uns. Aber indirekt kämpfen doch dieselben für unseren südafrikanischen Besitz. Ohne die Buren hätten wir Samoa heute noch nicht. Ich bin sehr unsicher, ob die Zukunft Herrn v. Bülow recht geben wird. Für die Fragen der Siedelung ist bei unserer Regierung weniger Interesse vorhanden, als für die Interessen des Großkapitals, für die Machenschaften der Herren Scharley und Cecil Rhodes. Wenn der Herr Reichskanzler die Empfindungen des Volkes kennt, so würdigt er sie nicht. Die Volksstimmung hat in Köln die 30 000 Deutsche auf die Beine gebracht, wenn auch die 150 Alldeutschen sich hervorgethan haben. Studenten und klerikal-sozialdemokratische Volksschichten waren hauptsächlich vertreten. In München hat der Freisinn für Krüger demonstrirt. Herr Rickert, halten Sie Ihre Münchener Freunde für eine quantité négligéable? (Abg. Rickert: Das habe ich ja gar nicht gesagt! Große Heiterkeit.) Neulich sprach ich über die Entschädigungsansprüche Reichsdeutscher in Transvaal gegenüber England. Meine Belege haben sich inzwischen vermehrt, die beweisen, welche Scheußlichkeiten von englischer Seite gegen Deutsche verübt worden sind. Die abgeschobenen Leute haben sie sortirt und die Deutschen unter die Rubrik gebracht: only a German (nur ein Deutscher). Dies Wort brennt auf meiner Seele. Es ist Zeit, daß wir uns mit Stolz einen Deutschen nennen. Das Wort civis germanus sum muß unsere Losung sein; „gedenke daran, daß Du ein Deutscher bist", wie der große Kurfürst sagte. Diese Losung entspricht nicht einer Don Quixoterie oder sentimentaler Gefühlspolitik. Das Wort only a German könnte noch einmal den deutschen Michel wecken und den alten furor teutonicus wieder aufflammen lassen. (Vereinzelter Beifall rechts und bei den Natlib.)

Reichskanzler Graf Bülow: Der Abg. Hasse hat in einer

gewissen Erregung gesprochen, ich werde mich bemühen, so nüchtern als möglich zu reden. Das verlangt meine verantwortliche Stellung. Ich kann dem Herrn Dr. Hasse nicht auf den blauen Ozean der Konjekturalpolitik folgen, ich muß auf der terra firma bleiben. (Sehr gut!) Wenn der Herr Abg. auf meiner Stelle stände, könnte er auch nicht anders handeln, er ist ja Patriot. Wenn Herr Dr. Hasse am Montag nicht da war, so kann ich wegen ihm (!) nicht alles wiederholen. Ich gehe also nur ein auf das, was er Neues gesagt hat. Er hat sich gegen unser Vorgehen gegen den Präsidenten Krüger gewendet. Die Sache lag einfach so: Die Nachricht, daß Präsident Krüger jetzt nach Berlin kommen wolle, war uns überraschend. 24 oder 48 Stunden, vordem die Abreise stattfinden sollte, erfuhren wir das erst. Durch Vermittelung der Botschaft in Paris und durch Herrn Dr. Leyds haben wir ihm sagen lassen, daß der Kaiser zu seinem Bedauern nicht in der Lage sei, den Herrn Präsidenten zu empfangen und daß ich deshalb bäte, von seiner Reise abzusehen. Als darauf der Präsident doch seine Reise nach Berlin antrat, da habe ich ihm in Köln wiederum in der rücksichtsvollsten Weise durch den kaiserlichen Gesandten in Luxemburg noch einmal dasselbe sagen lassen. Ueberrumpeln und vergewaltigen lassen wir uns nicht. Dieses Vorgehen soll geschehen sein, wie die Herren Hasse und Bebel meinten, mit Rücksicht auf das Ausland, aus Liebedienerei gegen das Ausland. (Abg. Bindewald: sehr richtig!) Unsere Haltung ging nur hervor aus der Wahrung unserer eigenen Interessen. Wir haben gethan, was uns die Erhaltung des Weltfriedens erleichtert. Beifall wie Aerger der auswärtigen Staaten war uns dabei gleichgültig. Dann hat der Abg. Bebel gemeint, die verwandtschaftlichen Beziehungen des Trägers der Krone hätten irgend welchen Einfluß auf unsere Haltung. Ich erkläre auf das Allerentschiedenste, daß von Seiten des englischen Hofes oder der Regierung weder an Se Majestät noch an mich, den verantwortlichen Reichskanzler hinsichtlich der Reise des Präsidenten oder des südafrikanischen Krieges weder mit einem Wunsch noch einem Antrag herangetreten ist. (Hört, hört!) Für den Kaiser sind lediglich nationale deutsche Gesichtspunkte maßgebend. (Bravo) Wäre es anders, dann würde ich keinen Tag länger Minister bleiben. (Lebhaftes Bravo!) Es hat mich etwas erstaunt, daß der Abg. Hasse dann über das deutsch-englische Abkommen urtheilte, da er ja gar nicht weiß, was drinnen steht (Sehr richtig! links.). Ich darf es Ihnen nicht sagen. Bestimmte Zusagen von Regierung zu Regierung hindern mich daran. Jedenfalls hat das Abkommen keine Stelle, die sich irgendwie bezieht auf den Konflikt zwischen England und Südafrika. Unsere nach beiden Seiten unabhängige Haltung würde auch ohne Abkommen dieselbe gewesen sein, denn dieses ging nur hervor aus unseren wohlverstandenen eigenen Interessen. Das Samoa- und das Yangtse-Abkommen enthalten keinerlei geheime Klauseln. Nun zu dem Telegramm des Kaisers von 1896 an den Präsidenten Krüger, als es sich nicht um einen regulären Krieg, sondern um ein Flibustierunternehmen handelte. Ich verleugne dieses Telegramm nicht, in dem der Kaiser seinem völkerrechtlichen Standpunkt Ausdruck verliehen hat. Aber wir können doch nicht durch ein Telegramm unsere Politik für immer festlegen. Ich begehe keine diplomatische Indiskretion, wenn ich sage, daß das Telegramm durch die Aufnahme, die es fand, die Situation für uns geklärt hat. Sie ließ keinen Zweifel, daß wir im Falle eines Konfliktes mit England in Afrika allein auf unsere Kraft angewiesen sein würden (Hört, hört!). Daraus mußte eine gewissenhafte Regierung ihre Schlüsse ziehen. Der Abg. Hasse warf uns vor, wir hätten die Buren preisgegeben. Wir haben ja nie ein Protektorat über die Buren gehabt oder angestrebt. Transvaal kann nicht zum Drehpunkt unserer Politik gemacht werden. Das Hemd liegt uns näher als der Rock, wenigstens, da ich deutscher und nicht Minister von Pretoria bin (Sehr gut! links.). Ich erkenne die Macht der öffentlichen Meinung an. Wenn aber durch sie die Räder der Mühle falsch getrieben werden, so muß die Regierung sich einem solchen Strom entgegenstemmen, unbekümmert um die Popularität. In Fragen der auswärtigen Politik hat sich die deutsche öffentliche Meinung mehrfach getäuscht, wenn auch das Eintreten für fremde Völker ein menschlich schöner Zug des deutschen Volkes ist. Redner erinnert an das Verhalten Bismarcks gegenüber den Polen und dem Fürsten Battenberg, die damals ebenso populär waren wie jetzt Präsident Krüger. Eine andere Haltung wäre aber ein schwerer Fehler Bismarcks gewesen Es kann nicht das Entscheidende für uns sein, ob das Recht auf Seiten der Buren ist. Ein Minister ist kein Sittenrichter. Vom Standpunkt der reinen Moralphilosophie kann ich unmöglich auswärtige Politik treiben, und vom Standpunkt der Bierbank aus auch nicht. (Sehr gut! rechts). Ich achte den Idealismus des Abg. Hasse, aber wir dürfen die Kreise unserer auswärtigen Politik nicht durch Idealismus stören lassen. Daß die künftige Sicherheit des deutschen Volkes nicht gefährdet werde, dafür werde ich sorgen, so lange ich an dieser Stelle stehe, wie das meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist. (Lebh. Bravo rechts, im Zentrum u. b. d. Freis.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Frhr. von Richthofen wendet sich gegen die Behauptung des Abg. Hasse, daß Deutschland in dem Konflikt zwischen den Engländern und den Buren nicht strikte Neutralität bewahrt habe. Ueber die Ausweisungen Deutscher aus Transvaal beschwerte sich ebenfalls Dr. Hasse. Wir haben unsern Standpunkt in London vertreten. Aber okkupirende militärische Behörden nehmen auf Vorstellungen wenig Rücksicht. Andere Schwierigkeiten lagen darin, daß viele Deutsche ohne weiteres sich Burenkommandos angeschlossen haben, ohne auf unsere Warnungen zu achten. Als sie aber an ihre Wohnplätze zurückkehrten, nahmen sie die Hilfe der Behörden, die sie eben mißachtet hatten, als selbstverständlich in Anspruch. Im Kriege hören die Gesetze auf, und wer sich an einem Kriegsrath der Buren mit Vorschlägen betheiligt, wie das ein deutscher Offizier gethan hat, braucht sich nicht zu wundern, wenn er nach Kriegsrecht behandelt wird. Die Lehre ist, man soll sich nicht in fremde Angelegenheiten mischen, da einem meist von keinem der Parteien gedankt wird. Es ist dies auch nicht von seiten der Buren genügend geschehen, wie Briefe beweisen. Der Gedanke der Stammesbrüderschaft ist auch viel stärker auf seiten der Deutschen. Redner vertheidigt die Thätigkeit des deutschen Konsuls in Johannesburg bei den Ausweisungen. Nur 30 Stunden standen dem Konsul zur Verfügung und er hatte nur geringes Personal. Die Verhandlungen gingen so rasch vor sich. Trotzdem gelang es ihm, von 196 Gefangenen 50 frei zu bekommen. Die Erfolge des französischen und amerikanischen Konsuls waren viel geringer.

Bebel: Weder ich noch Herr Hasse haben verlangt, daß Deutschland für England die Kastanien aus dem Feuer holen soll, wir haben nur den Nichtempfang des Präsidenten Krüger bekämpft. Der Reichskanzler hat heute gesagt, die Nachricht von dem beabsichtigten Besuch Krügers sei hier überraschend gekommen und der deutsche Kaiser habe ihm sagen lassen, er sei für jetzt nicht in der Lage, ihn zu empfangen. Da aber dem Präsidenten nicht gesagt worden ist, wann er später auf einen Empfang rechnen könne, mußte er die ihm ertheilte Antwort als eine strikte Ablehnung auffassen. Diese Meinung theilt man auch im deutschen Volke. Hier sind sicher irgend welche Konnivenzen gegen England im Spiele. — Der Herr Reichskanzler hat dann erklärt, daß das deutsch-englische Abkommen mit der Burenfrage nichts zu thun habe. Wenn der Vertrag recht und billig abgeschlossen ist, dann braucht er die Oeffentlichkeit nicht zu scheuen. Ist aber die Behauptung richtig, daß wir bei dem Vertrage die Geleimten sind, dann haben wir allerdings allen Grund, nicht zu veröffentlichen, daß wir die Geleimten sind. (Heiterkeit) Daß solche Gedanken auftauchen, ist eben die Folge der Geheimthuerei. Der Reichskanzler sagte mit Bezug auf das Telegramm des Kaisers von 1896, die Politik könne man nicht für alle Ewigkeit festlegen. Aber es ist doch außer Zweifel, daß dem Burenvolk durch dieses Telegramm Hoffnungen erweckt sind, die jetzt aufs bitterste enttäuscht werden. Die Buren mußten wenigstens einen freundlichen Empfang ihres Präsidenten erwarten. Mehr als diesen Empfang haben wir ja auch nicht erwartet. Die höchsten Stellen hätten dem Präsidenten höchstens ruhig darlegen können, aus welchen Gründen sich für Deutschland die Neutralität empfehle. (Sehr richtig! bei den Soz.) Graf Bülow meint, er könnte die Regierungspolitik nicht blindlings der Bierbankpolitik preisgeben. Gefühlen weiter Volkskreise gegenüber sollte man mit diesem Worte vorsichtiger umgehen. Herr Bülow hat auf die Affäre der Battenberger im Jahre 1876 exemplifizirt, aber ich bin auch heut noch der Meinung, daß die Haltung des Fürsten Bismarck in dieser Angelegenheit für Deutschland schädlich gewesen ist. Die polnische Frage will ich hier nicht weiter erörtern. Uebrigens noch ein Drittes. Die Intervention Deutschlands am Ende des chinesisch-japanischen Kriegs hat ihr Theil an den jetzigen chinesischen Wirren beigetragen. Gegenüber den Angriffen und persönlichen Invektiven des Abg. v. Kardorff erwidere ich, es giebt Angriffe, denen gegenüber ein Ehrenmann es für unter seiner Würde hält, zu antworten. Ich nehme den Herrn im Uebrigen nicht mehr ernst. Dem Abg. Lieber gegenüber halte ich mein Urtheil über die Politik des Zentrums aufrecht; es hat sich zum Schleppträger der jetzigen Regierungspolitik gemacht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Graf Posadowsky hätte schon am Tage der Interpellation wegen der 12 000 Mark antworten müssen, aber das hätte ja im gegensätzlichen Sinne ausfallen müssen (sehr richtig! bei den Soz.), deshalb hat er es gelassen. Ich konstatire, daß Graf Posadowsky gestern kein Wort des Tadels hatte für den ihn unterstellten Beamten Herrn v. Woedtke. Aus seiner Antwort muß ich schließen, daß Graf Posadowsky von Anfang an sein volles Einverständnis für diese Handlungsweise zu erkennen gegeben hat. Interessant ist es, wie der Herr Staatssekretär den Vorfall quasi zu rechtfertigen beliebte. Er sprach auch von einem gewissen bureaukratischen Aengstlichkeitsgefühl, das ihn abgehalten hätte, die Kosten für die Preßdrucke aus dem Druckschriftenfonds des Reichs zu nehmen. Aus den ganzen Aeußerungen geht hervor, daß Graf Posadowsky gegebenen Falls genau wieder so handeln würde. Also ein merkwürdiges Verhältnis, in dem er zu dem Reichskanzler steht. Wie scharf hat nicht der Herr Reichskanzler diese Handlungsweise verurtheilt. Außerdem hat er versichert, daß die Politik des Reichs nach einheitlichen Grundsätzen geregelt werden solle. Wie stimmt das zu Posadowsky's Worten? Die Erklärungen des Herrn Reichskanzlers bedeuten für den Grafen Posadowsky nicht nur eine verzuckerte Reprimande sondern eine Coramirung und bei dem besonders feinem Ehrgefühl, das ja in seinen Kreisen herrschen soll, wäre ich an Stelle des Grafen Posadowsky nach dieser Erklärung soweit wie möglich von dem Grafen Bülow fortgerückt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Nach Graf Posadowsky sollte das Gesetz auch gegen den Terrorismus der Arbeitgeber gerichtet sein. Die Mitglieder des Zentralverbandes gehen aber bekanntlich ganz besonders terroristisch gegen ihre Arbeiter vor und dulden keinerlei ihnen nicht genehm politische Bethätigung derselben. Und von diesem Zentralverbande nimmt Graf Posadowsky 12 000 Mk. für ein Gesetz, das sich gegen den Terrorismus der Arbeitgeber richten soll. (Sehr gut! b. d. Soz.) Es ist weiter ganz falsch, daß nur durch die einseitige Agitation der Sozialdemokratie die öffentliche Meinung gegen dies Gesetz erregt worden wäre. Durch einen Blick in die Akten über die Verhandlungen des Reichstages hätte sich Graf Posadowsky darüber informiren können, daß Vertreter aller Parteien, mit Ausnahme der Rechten, sich auf das Schärfste bei der ersten Generaldebatte gegen das Gesetz erklärt haben. Abgeordneter Dr. Bachem z. B. erklärte, bei der Erregung, die in katholischen Arbeiterkreisen gegen das Gesetz herrsche, könne ein Vertreter der katholischen Partei nicht wagen, dafür zu stimmen. So kam es dazu, daß in jener berühmten Sitzung nach ganz kurzen Erklärungen das Gesetz zu Fall gebracht wurde. Graf Posadowsky hat auch die Denkschrift erwähnt. Wir haben damals an der Hand unwiderleglichen Materials nachgewiesen, was für Unwahrheiten und Erdichtungen sie enthielt. Diese Denkschrift schickte man nun im Sommer an die Unternehmerverbände. Warum denn das? Deren Terrorismus sollte doch auch bekämpft werden? Nun ganz einfach! Mit dieser Denkschrift wollte man die Unternehmer scharf machen, sie sollten während des Sommers auf die Abgeordneten einwirken. Es war der letzte verzweifelte Versuch, das Gesetz durchzubringen. Uebrigens noch eins! Das Gesetz entsprach einem wiederholt geäußerten Herzenswunsche des deutschen Kaisers. Um diesen zu erfüllen, fühlte Graf Posadowsky die Verpflichtung, das Gesetz durchzubringen.

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte, die Person Sr. Majestät des Kaisers nicht in dieser Weise in die Debatte zu ziehen. Das ist nicht zulässig!

Bebel (fortfahrend): Wenn der Plan gelungen wäre, wäre die Belohnung nicht ausgeblieben; worin sie bestanden hätte, kann ich ahnen, will es aber nicht sagen. (Heiterkeit.) Dieser Gesetzentwurf sollte also der schlimmste Schlag werden, der seit den Sozialistengesetzen gegen die Arbeiter gerichtet werden sollte. Die Handlungsweise des Herrn Staatssekretärs und des Herrn Woedtke muß also als eine Pflichtwidrigkeit und ein Verfassungsbruch charakterisirt werden. (Sehr gut! b. d. Soz.) Graf Posadowsky hat sich auch auf den Gesetzentwurf des Ministers Millerand bezogen. Jedenfalls kennt er ihn nicht, denn dieser will festsetzen, daß, wenn sich die Mehrzahl der Arbeiter in einer Fabrik für den Streik erklärt haben, die andern sich anschließen müssen. — Den Brief des Herrn Lacisz hat der Herr Staatssekretär nicht nur entschuldigt, sondern geradezu gerechtfertigt. Er hat es entschuldigt, daß keiner der Herren das Schamgefühl hatte, die Unterschrift unter diesen von Cynismus strotzenden Brief zu verweigern. (Sehr gut! links.) Der angeblich so arbeiterfreundliche Herr Staatssekretär hat eben kein Gefühl mehr für kapitalistischen Cynismus. Er hat nur auf die Entscheidung des Reichsversicherungsamts verwiesen, während er doch selbst der Vorgesetzte dieses Amtes ist. Das Reichsversicherungsamt wird sich jedenfalls mit der ganz ungenügenden Rechtfertigung der Seeberufsgenossenschaft zufrieden geben. Das Wort des Rheders Schiff „Mannschaft leider gerettet" wird hierin als ein Flüchtigkeitsfehler entschuldigt. Für jede Niederträchtigkeit hat man jetzt eine Entschuldigung. — Gegenüber dem Vorwurf, daß verschiedene sozialpolitische Gesetzentwürfe nicht gekommen seien, verweist mich Graf Posadowsky auf die Riesenarbeit, die auf ihm laste. Nun, wir sind gerne bereit, ihm und seinen Geheimräthen die Arbeit zu erleichtern. Wir sind stets für eine Dreitheilung des so ungeheuer umfangreichen Reichsamt des Innern eingetreten, und wenn diese im nächsten Etat vorgenommen wird und mehr Geheimräthe verlangt werden, werden wir dafür stimmen, wenn wir auch den Etat im Ganzen ablehnen. (Lachen rechts.) Wenn wir den ganzen Etat einmal annehmen werden, dann entspricht er unseren Wünschen, dann haben wir das Heft in Händen. (Sehr gut! b. d. Soz.) 1896 war die Unfallversicherungsnovelle fertig. Die zweite und dritte Lesung hätte in 14 Tagen erledigt sein können, wenn das Gesetz im Herbst vor das Haus gebracht worden wäre. Der Zentralverband hat aber die Einbringung verhindert. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die zweite Fassung ist allerdings später von den Industriellen auch bekämpft worden, aber da hat der Herr Staatssekretär nicht mehr zurückhalten können. Deshalb mußte er diesmal ihren Zorn über sich ergehen lassen. (Sehr richtig bei den Soz.) Bei der Bäckereiverordnung wollen wir jede Abschwächung verhindern. Was für Zustände in den Bäckereien herrschen, darüber hat die Enquete des Herrn Brefeld Auskunft gegeben. Und Herr Brefeld ist sicher nicht von sozialdemokratischem Geist erfüllt. Wenn er überhaupt von einem Geist erfüllt ist, dann vom Stummschen Geist. (Heiterkeit bei den Soz.) Der Kriegsminister hat mir vorgeworfen, ich bezöge mich auf Gerüchte, die nachher in der Regel falsch seien. (Sehr richtig rechts.) Daß Sie zu den Ausführungen des Kriegsministers immer sehr richtig rufen, versteht sich für Sie als alte Militärs von selbst. (Stürmische Heiterkeit.) Es wäre ja eine schöne Judisziplin, wenn Sie etwas anderes rufen wollten. (Gr. Heiterkeit.) Die Verdächtigung meiner Person, die in den Worten des Kriegsministers liegt, muß ich auf das Allerentschiedenste zurückweisen. Ich habe gar kein Urtheil auf Grund von Gerüchten abgegeben, sondern nur eine Anfrage an ihn gerichtet, für die er mir, anstatt mich herabzuwürdigen, dankbar sein sollte. Der Kriegsminister hat ja auch geantwortet und wir wissen nun, woran wir sind. Mag der Herr Kriegsministrr durch diese Fragestellung unangenehm berührt gewesen sein, ich thue meine Pflicht als Volksvertreter und wenn das dem Kriegsminister unangenehm ist, so ist mir das angenehm. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe den Brief des Herrn Lacisz nicht entschuldigt, sondern für sehr bedauerlich erklärt. — Herrn Schiff kenne ich nicht, der betreffende Vorgang wird bestritten. Sollte die Thatsache aber richtig sein, dann theile ich Herrn Bebels Anschauung darüber in allen Punkten.

Dr. Sattler (ntl.) hält gegenüber dem Abg. v. Glebocki seine Bemerkungen über den Erzbischof von Stablewski aufrecht.

Hierauf wird die weitere Debatte vertagt.

Persönlich bemerkt

Richter (FVp.): Herr Hasse hat mir Mangel an Ehrfurcht vor dem Präsidenten Krüger vorgeworfen. Er hat wohl im Vollgefühl seiner Bedeutung als Präsident des Alldeutschen Verbandes seine Person mit Herrn Krüger verwechselt. (Gr. Heiterkeit.) Gestern erklärte ich, mit Herrn Hasse's Rede würde die Diskussion über Transvaal den Höhepunkt erreichen. Diese Annahme nehme ich heute ausdrücklich zurück. (Gr. Heiterkeit.) Es ist Herrn Hasse nicht gelungen, sich über das Niveau seiner sonstigen Reden zu erheben. (Erneute Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Das war nicht persönlich. (Heiterkeit.)

Dr. Hasse: Herr Richter scheint den Ehrgeiz zu haben, in der Krügerangelegenheit als Spaßmacher des Hauses aufzutreten. (Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Auch das war nicht persönlich. (Stürmische Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

Politische Tagesübersicht.

Deutschland.

Freisinnige Wortbrecher. In Breslau wurden am Dienstag bei den Stadtverordnetenstichwahlen, für die ein freisinnig-sozialistisches Kompromiß gegen ein konservativ-klerikales abgeschlossen war, vier Kandidaten der reaktionären Parteien und ein Freisinniger gewählt. Unsere beiden Parteigenossen unterlagen; die Freisinnigen stimmten entgegen der von der Partei ausgegebenen Weisung meist für die Konservativen gegen die Sozialisten. — Dieser Streich sieht den freisinnigen Mannesseelen ähnlich und sollte besonders denjenigen von unsern Parteigenossen, die sich stets so warm für ein Hand in Handgehen mit den Freisinnigen bei Landtags- und ähnlichen Wahlen ins Zeug legen, zu denken geben. Die Freisinnigen haben sich, in ihrer weitaus größten Mehrzahl wenigstens, stets als die unzuverlässigsten Wähler erwiesen. Sie lassen sich zwar gern von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen, denken jedoch nicht im Geringsten daran, dafür sich irgendwie erkenntlich zu zeigen.

Den Bergarbeitern wird das Koalitionsrecht durch ein jüngst erfolgtes Urtheil des Oberlandesgerichts in Dresden geradezu illusorisch gemacht. Unter den wirthschaftlichen Kämpfen in diesem Jahre zeichnete sich, wie noch bekannt sein dürfte, besonders der Zwickauer Bergarbeiterstreik durch die Drangsalirungen und behördlichen Verfolgungen der Bergarbeiter aus. Es war empörend, zu sehen, wie Unternehmer und Behörden sich die Hände reichten zur Verfolgung der Arbeiter, wie der Minister v. Metsch mit den Kohlenbaronen konferirte und darauf, ohne nur den Versuch zu machen, auch einen Arbeiter anzuhören, für die Streikenden Gendarmen schickte, wie mit Versammlungsverboten und Ausweisungsbefehlen operirt wurde und es auf diese Weise gelang, die Reihen der Ausständigen zu verwirren und den Unternehmern zuzutreiben, so daß sie zu den alten Bedingungen zu Frohn zurückkehren mußten, so weit sie wieder aufgenommen wurden. Die Kohlenbarone rächten sich schwer für die Auflehnung der geknechteten Kohlensklaven wider ihre Herrschaft. Viele, viele, die jahrzehntelang die schwere Frohn getragen, ihre Kraft und Gesundheit in der Grube gelassen und für einen Jammerlohn den Kapitalisten glänzende Dividendengewinne gefördert hatten, wurden erbarmungslos auf die Straße geworfen und zum Hunger verdammt. Ueberdies aber wurden den Hinausgeworfenen ihre Beiträge zur Knappschaftskasse vorenthalten. Das sind nicht nur Pfennige; bei den Meisten handelte es sich um 500 bis 700 Mark, bei mehreren älteren Bergarbeitern sogar um über 1000 Mark. Also nicht nur arbeitslos gemacht, nicht nur der kärglichen, durch jahrzehntelange schwere Steuer erworbenen Hoffnungen auf einen Nothpfennig im Alter beraubt, nein, auch dieser Steuergroschen selber beraubt waren diese Aermsten. Das Knappschaftskassen-Gesetz schreibt vor, daß Bergleute, die nach fünfjähriger Mitgliedschaft entlassen werden, ihre Beiträge zurückerhalten. Das sächsische Berggesetz (§ 80 Abs. 2 Ziff. 5) schreibt aber noch vor, daß sofort ohne Kündigung entlassen werden kann, wer „ohne Urlaub oder triftige Entschuldigung länger als einen Tag von der Arbeit fortbleibt". Das Knappschaftskassen-Gesetz und das Knappschafts-Statut schreiben aber ferner vor, daß die Beiträge nicht zurückgezahlt werden, wenn die Entlassung auf Grund von § 80, Abs. 2 Ziffer 5 des Berggesetzes erfolgt.

Die Bergarbeiter haben sehr wohl mit diesen Gesetzesparagraphen gerechnet und sich in den Versammlungen vor dem Streik eingehend damit beschäftigt. Sie kamen jedoch einstimmig zu der Ueberzeugung, daß die Ausübung des ihnen reichsgesetzlich zustehenden Rechts ein wichtiger Entschuldigungsgrund im Sinne des § 80 des Berggesetzes sei. Um aber ganz sicher zu gehen, meldeten sie sich vor dem Streik noch ab und glaubten nun dem Berggesetz Genüge geleistet zu haben.

Die Arbeiter mochten das glauben. Kann man aber annehmen, daß Unternehmer, die herrschgewohnten, vom

Schweiß der Arbeiter ernährten Kohlenherren die Ausübung des reichsgesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts als triftigen Entschuldigungsgrund oder als Urlaubsgrund ansehen sollen? Sie thaten es natürlich nicht, erklärten die Entlassungen vielmehr als begründet aus § 80 des Berggesetzes und verweigerten deshalb auch die Auszahlung der Kassenbeiträge, des Eigenthums der Arbeiter.

Die Arbeiter setzten nun ihre ganze Hoffnung auf die Gerichte. Sie klagten deshalb beim Berg-Schiedsgericht, dann beim Landgericht: sie wurden aber abgewiesen, und nun hat auch die höchste Instanz, das Oberlandesgericht in Dresden, auf Abweisung der Klage und Bestätigung der erstinstanzlichen Urtheile erkannt. Die Gesammthöhe der den Ausgesperrten zukommenden und nunmehr verloren gegangenen Betrage beläuft sich auf etwa 10 000 Mk. abgedarbten Geldes. Ist das nicht himmelschreiend?! Schlimmer aber noch ist es, daß infolge dieses Richterspruchs für die Bergarbeiter das gesetzlich gewährleistete Recht zum Streiken so gut wie aufgehoben ist. Der Reichstag kann zu dem Urtheile unmöglich Ja und Amen sagen; er hat vielmehr die Pflicht, jetzt ganz energisch auf ein Reichs-Berggesetz zu drängen, damit wenigstens die Rechtlosmachung der Bergarbeiter in diesem Umfange aufgehoben wird.

Kleine politische Nachrichten. Die neulichen Angaben des „Vorwärts" über das neue Gewehr eines norwegischen Erfinders, die Dienstag Bebel und Richter zu ihrer bisher unbeantworteten Anfrage an den Kriegsminister veranlaßten, haben einen thatsächlichen Hintergrund. Solch ein neues Gewehr ist auf seine Brauchbarkeit hin probirt worden, wie viele andere Systeme auch. Diese Versuche sind jedoch allem Anschein nach nicht zu Gunsten der Waffe ausgefallen. Daß eine Division des Hannoverschen Armeekorps damit ausgerüstet werden soll, wird von verschiedenen Seiten bestritten. Die Militärverwaltung denke überhaupt nicht daran, das Gewehr M 98 bei Seite zu werfen. Nachdem einmal die Anfragen im Reichstage gestellt sind, wäre immerhin eine Aeußerung des Kriegsministers am Platze. — Hervorragende Gelehrte, wie Lujano Brentano, und Parlamentarier (Lieber, Bassermann 2c.) veröffentlichen einen Aufruf zur Bildung einer Gesellschaft für soziale Reform, die am 6. Januar im Architektenhause zu Berlin erfolgen soll. — Für die Landtagsstichwahlen in Württemberg fordert der Landesvorstand die sozialdemokratischen Wähler auf, in den Stichwahlen, wo die Volkspartei reaktionären Parteien gegenübersteht, für die demokratische Partei zu stimmen. Für die übrigen Stichwahlen empfiehlt der Landesausschuß den Parteigenossen Wahlenthaltung. — Bei den Bürgerausschußwahlen in Stuttgart unterlagen die sozialdemokratischen Kandidaten. — Die Nachwehen der Dreyfus-Affaire machen dem ersten französischen Kriegsminister, welcher den politischen Kabalen der Generalstabspartei energisch entgegentritt, noch immer viel Arbeit. Er hat neuerdings eine Untersuchung über die Boykottirung des Leutnants Pachet-Lebarbier (Reims) eingeleitet. Der Leutnant, welcher zur Zeit des Dreyfus-Prozesses für Dreyfus günstige Aussagen gemacht hatte, wird von den übrigen Offizieren des Regiments fortgesetzt isolirt. — Der meliniſtische Deputirte Plichon brachte in der französischen Kammer den Antrag ein, den Zoll auf deutsches Bier von 7 auf 25 Francs per 100 Kilo zu erhöhen als Antwort auf die Erhöhung der deutschen Schaumweinzölle. — Sämmtlichen Deputirten ging ein Schreiben des Obersten Picquart zu, das gegen die Amnestie protestirt, die nur wirklichen Verbrechern zu Gute komme. — Die Nationalisten bedecken sich wieder einmal mit Ruhm. Der nationalistische Deputirte Charles Bernat brachte einen Zusatzantrag zur Amnestie-Vorlage ein, dem zufolge auch die bei Gelegenheit der Panama-Affäre begangenen Delikte in die Amnestie einbezogen werden sollen. Der Antrag bezweckt, wie Bernart selbst erklärte, lediglich eine Verhöhnung der Regierungsmehrheit. — Für die spanische Insel Salvora in der Bai von Arosa an der Westküste von Galicien hat ein Engländer, der dort eine Kohlenstation für die britische Flotte errichten will, acht Millionen Pesetas geboten. Die Insel gehört einem Privatmanne, der das Recht hat, sie zu veräußern. Die Entscheidung über die Zukunft der Insel hängt demnach vom Patriotismus ihres Besitzers ab. — Dem „Préc." zufolge arbeitet die russische Regierung den Plan einer 963 Kilometer langen Kanalverbindung zwischen dem Baltischen und Schwarzen Meere aus. — Der frühere serbische Minister Gentschisch wurde wegen Majestätsbeleidigung und öffentlicher Beleidigung der Regierung zu sieben Jahren Gefängniß verurtheilt. — Mittwoch Vormittag fand in Sofia unter dem Vorsitz des Fürsten Ferdinand ein Ministerrath statt. Nachmittags verlas Ministerpräsident Iwantschow in der Sobranje ein Dekret des Fürsten, das die Sobranje auflöst. Die Neuwahlen der Sobranje sind auf den 28. Januar (alten Stils) festgesetzt.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Die Jagd auf Dewet dauert noch fort. In London ging sogar Dienstag das Gerücht um, General Knox sei von Dewet geschlagen worden, die Regierung wolle jedoch mit der Veröffentlichung bis Ende der kurzen Palaments-Session warten. Eine Depesche Kitchener's aus Pretoria vom 12 Dezember meldet dagegen: General Knox bedrängt Dewet fortwährend auf dem Marsche. Der Feind bewegt sich in der Richtung nach Reddersburg, wo eine englische Kolonne bereit steht, Knox Beihülfe zu leisten.

Von sonstigen thatsächlichen Nachrichten liegt nur ein Reuter-Telegramm aus Kapstadt vor, wonach eine englische Feldwache, bestehend aus berittener Infanterie, am Sonnabend in der Nähe von Baberton in Transvaal bei nebligem Wetter angegriffen wurde. Drei Mann wurden getödtet, fünf verwundet. Dreizehn Mann werden vermißt.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet: Die deutsche Regierung beauftragte auf Ersuchen der niederländischen Regierung den deutschen Konsul in Lourenzo Marques mit der Wahrnehmung der niederländischen Interessen.

Das Reuter'sche Bureau ist von der Gesandtschaft der südafrikanischen Republik im Haag ermächtigt, förmlich zu erklären, daß das in einigen Blättern verbreitete Gerücht, der Kaiser von Rußland habe dem Präsidenten Krüger telegraphirt, er werde ihn nicht empfangen, jeder Begründung entbehre.

„Morningleader" in London veröffentlicht mehrere Briefe von englischen Soldaten aus Südafrika, woraus hervorgeht, daß die Plünderungen in Südafrika an der Tagesordnung sind. Die Soldaten versichern, sie hätten in dieser Beziehung alle Freiheit. In anderen Briefen wird versichert, den Opfern würde gedroht, daß, falls sie sich an amtlicher Stelle beschwerten, gegen ihre Verwandten Repressalien ausgeübt würden.

China.

Vom Chinawirrwarr. Nach einer Meldung des „B. T." steht die Ueberreichung der gemeinsamen Note, über die die Mächte sich geeinigt haben, unmittelbar bevor. Danach wäre die neuliche Meldung, daß die Gesandten die Note bereits überreicht hätten, den Ereignissen vorausgeeilt. Nach einer Londoner Meldung sind sämmtliche Gesandte in Peking mit gleichlautenden Instruktionen behufs der Friedensverhandlung versehen. Einen ernsten Aufschub dürften jedoch die Friedensverhandlungen erleiden, wenn sich die Meldung der „Central News" bestätigt, welche besagt, daß die Gesandten in Peking die Beglaubigungsschreiben Li-Hung-Tschangs und des Prinzen Tsching geprüft und dasjenige Li-Hung-Tschangs zurückgewiesen haben, weil es nicht das Privatsiegel des Kaisers trage.

Eine Kommission zur polizeilichen Verwaltung Pekings haben die Generale eingesetzt. Nach einer Meldung der „Morning Post" besteht das internationale Komitee unter dem Vorsitz des Generals Freiherrn v. Gayl aus Major v. Brixen (Deutschland), Kapitän Dodds (Amerika), Kapitän Ferigo (Italien), Oberst Schiba (Japan) und Kapitän Selwyn (England). Die Franzosen verweigerten ihre Betheiligung, die Russen wurden ausgeschlossen, da sie keine Polizei mehr in Peking ausüben.

Eine Feuersbrunst in Peking brach, nach Privatmeldungen, Montag Abend innerhalb der verbotenen kaiserlichen Stadt etwa 100 Schritte vom Quartier des Grafen Waldersee aus. Die Wohnung des Rittmeisters Rusche, Eskadronchefs im deutschen Reiterregiment, sowie die Quartiere der Schwadronsoffiziere und das als Kasino benutzte Gebäude wurden ein Raub der Flammen. In der Nacht waren in Peking zwölf Grad Kälte.

Das Oberkommando meldet aus Peking vom 11. Dezember: Die Taku-Rhede ist eingefroren. Der Oberbau der Eisenbahn Yangtsun-Peking ist fertiggestellt.

Laut telegraphischer Meldung ist der Seesoldat Hofer in China verstorben.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 13. Dezember.

Zu dem Prozesse gegen das Gemeinderathsmitglied Fritz Munß aus Schwartau wegen angeblicher Beleidigung des Armenhaus-Oekonomen Dragahn ist noch zu bemerken, daß die Strafkammer der Ansicht des Schwartauer Schöffengerichtes beigetreten ist und dem Angeklagten den Schutz des § 193 St.-G.-B. in vollem Umfange zugebilligt hat. Damit haben die Richter einmal dem allgemeinen Rechtsempfinden des Volkes entsprochen. Mit Recht machte Munß in der gestrigen Verhandlung geltend, daß er im Falle einer Verurtheilung gezwungen sei, sein Amt als Mitglied der Armenhaus-Kommission niederzulegen, da sonst jede noch so berechtigte dienstliche Rüge von seiner Seite als Beleidigung ausgelegt werden könne. Die abermalige Freisprechung wird von der gesammten Schwartauer Bevölkerung mit Zustimmung aufgenommen werden.

„Auf dem Wege über Schwerin" erfährt die Lübecker Bevölkerung etwas über ihren Bahnhof. So jammert der „Gen.-Anz.". Das ist aber doch echt lübsche Art! Wie oft verschweigen Lübecker Journalisten in ihren hiesigen Blättern Sachen, für die sie von auswärtigen Zeitungen Zeilenhonorar einziehen.

Der Bürgerrechtsverein will sich am Freitag mit der Frage beschäftigen, ob er politisch ist oder nicht. — Wir nehmen an, daß die Mitglieder verständiger sein werden, als der Vorstand, in dem anscheinend einige Herren sitzen, die in ihrer von wirklichem Wissen nicht angekränkelten Superklugheit mit dem Kopfe durch die Wand rennen möchten. Ein aussichtsloserer Prozeß ist noch selten geführt worden, als dieser.

Bezüglich der Kaninchenplage hat der mecklenburgische Landtag nur beschlossen, die Aussetzung der Kaninchen mit Geldstrafe zu bedrohen, alle weitergehenden Vorschläge, die auf die Vertilgung gerichtet waren, wurden abgelehnt.

Vereinshaus. Die gestrigen Vorführungen des Original-Chromo-Bioscop erfreuten sich eines bedeutend stärkeren Besuchen, als am Tage vorher. Der Unternehmer, Herr Nieschlag, erntete lebhaften Applaus. Für die Volksstimmung überaus charakteristisch war es, daß, als auf dem weißen Rahmen das Bild Ohm Pauls erschien, das Publikum eine spontane stürmische Demonstration veranstaltete, die sich mit derselben Lebhaftigkeit wiederholte, als der Präsident Transvaals auf dem nächsten Bilde mit seiner Frau dargestellt wurde. Heute ist die letzte Vorstellung, deren Besuch wir nochmals angelegentlichst empfehlen.

Verhaftet wurde der Tischlergeselle Lorenzen, welcher gestanden haben soll, in Altona die Fabrik seines Arbeitgebers in Brand zu setzen versucht zu haben.

Der Bürgerausschuß hielt gestern eine Sitzung ab, in der 12 Sachen zur Erledigung standen.

Zum Handelskammerpräses wurde gestern Herr Ed. Rabe (in Firma Drefahl) gewählt. Mitaufgestellt waren Dimpker und Rud. Thiel. In die Handelskammer entsandte die Kaufmannschaft die Herren Bock, Konsul Fehling und F. W. Evers.

Die Tagesordnung der am Montag stattfindenden Bürgerschaftsversammlung lautet: I. Mittheilungen des Senates. II. Anträge des Senates. 1. Bewilligung von 8000 Mk. zur Legung eines elektrischen Kabels in der Königstraße. 2. Bewilligung von 85 000 Mark zu Um- und Erweiterungsbauten der Schlachthausanlagen. 3. Herstellung von Gas- und Wasserleitungsanlagen in den Kanalhafenstraßen. 4. Verstärkung der Ehrenausgaben des Senates. 5. Abänderung des Bebauungsplans der Vorstadt St. Jürgen hinsichtlich der Verbreiterung der Hüxterthor-Allee. 6. Anstellung eines Kanzlisten zweiter Gehaltsklasse bei der Oberschulbehörde. 7. Erhöhung des Kostgeld-Tarifes für das Allgemeine Krankenhaus. 8. Rückäußerung, betreffend den Entwurf einer neuen Kirchhofs- und Begräbniß-Ordnung.

Der hiesige Dampfer „Afrika" rettete am 9. Dezember den Kapitän und drei Mann vom schwedischen Schooner „Greta" aus Mariehamn, welcher am 8. Dezember zwischen Oeland und Gothland gestrandet war. Sechs Mann sind ertrunken.

Den Offenbarungseid leisteten im November vor dem hiesigen Amtsgerichte 9 Personen.

Erhängt hat sich in den Falkenhusener Tannen laut Polizeibericht der aus Renneberg bei Sonderburg gebürtige Kommis Heinrich Hüls. Die Leiche hat schon ungefähr 14 Tage gehangen.

Am Genesungsheim zu Gr. Hansdorf sind an der südlichen Seitenwand neben dem Eingange zwei prächtige Reliefbilder, die Rekonvaleszentenpflege darstellend, angebracht. Verfertigt sind dieselben von dem hiesigen Bildhauer Herrn Emil Köhne. Es berührt uns, wenn wir Vergleichen wahrnehmen, — wie wohl Jeder zugeben wird, mit Recht — stets sonderbar, daß ein solcher Mann, angeblich absolut nicht politischer Gründe halber, plötzlich aus seiner erfolgreichen Thätigkeit an der Gewerbeschule entfernt wurde. Wir wiederholen die Frage: Welcher Art waren denn die Gründe? Fällt der Lübecker Staatsbau in sich zusammen, wenn der Vertreter der Oberschulbehörde in der Bürgerschaft oder sonstwie diese Gründe der Oeffentlichkeit übergiebt? Soviel ist doch klar, daß andernfalls auch weiterhin Jedermann nicht nur das gute Recht, sondern auch eine gewisse indirekte Verpflichtung hat, zu muthmaßen, daß doch politische Gründe — und seien es auch nur imaginäre — maßgebend gewesen sind.

: **Stockelsdorf.** Die Fackenburger Liedertafel veranstaltet am Dienstag, den 25. Dezember, (1. Festtag), im Lokale des Herrn Paetau ein Weihnachtsfest. Das uns vorliegende reichhaltige Programm verspricht den Besuchern einen genußreichen Abend. Das Fest beginnt um 5 Uhr. Für die Kinder ist Tannenbaum und Bescherung vorgesehen.

Kiel. Das Marineoberkriegsgericht verurtheilte, wie dem „B. T." telegraphirt wird, den Matrosenartilleristen Hohl aus Sachsenhausen wegen thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten, den Signalmaat Reitz, und auf eine Patrouille zu **3½ Jahren Gefängniß.**

Malchin. Wofür in Mecklenburg selbstverständlich kein Geld da ist! Die Bewilligung von Landesmitteln zur Gehaltserhöhung für Lehrer an den höheren städtischen Schulen wurde vom Landtag abgelehnt.

Briefkasten.

Leser unseres Blattes, welche noch im Besitze der Nr. 288, 289 und 290 sind und dieselben entbehren können, werden gebeten, dieselben unserer Expedition zuzustellen.

Sylvesterfeier-Comitee. Montag Abend 8½ Uhr.

W. Fr. Haben Sie denn nicht erst dieser Tage gelesen, daß der Lustmörder Deppe zu Zuchthaus, Ehrverlust und Todesstrafe verurtheilt wurde. Zuchthaus wegen Nothzucht, Todesstrafe wegen Mordes, Ehrverlust wegen beider Verbrechen. Die Gerichte müssen doch selbstverständlich der Form genügen.

Unsere verehrl. Inserenten ersuchen wir höfl., die für die Sonntagsnummer bestimmten grösseren Inserate bis spätestens Freitag Nachmittag bei uns aufzugeben.
Die Exped. d. „Lüb. Volksb."

Für die mir überwiesene Unterstützung des Werftarbeiter-Verbandes bei dem Ableben meines Mannes sage meinen besten Dank.
Wwe. Lorenz.

Quittire hiermit dankend die von den Arbeitern der Maschinenbaugesellschaft hier gesammelten Mk. 60,06.
Frau **Weidemann**, Mühlenstraße.

Ein Logis zu vermiethen
Krausestraße 16, 1. Et.

Zu verm. zum 1. Jan. eine Wohnung
1. Etage, 3 Zimmer und Küche, Miethe 280 Mk.
Johannisstraße 63.

Gesucht eine Frau zur Pflege einer Kranken
Karpfenstraße 32, Holstenthor.

Ein sehr guterhaltener Kaisermantel für Jüngling von 14—16 Jahren billig zu verkaufen. Zu besehen Vormittags. Rosengarten 3.

Tischläufer und 3 Decken (Hardanger Handarbeit)
passend als Weihnachtsgeschenke, zu verkaufen
Elswigstraße 21 a.

1 Divan und 1 Ruhebett
preiswerth zu verkaufen Lindenstraße 66.

empfehle:
Rinderdärme, Gerstengrütze, sämmtlich. Gewürze, Essig, sehr schöne Kübel zum Salzen, sowie sämmtliche Colonialwaaren.
August Vietig, Fischergrube 43|45,
Eckhaus Kupferschmiedestr. Fernsprecher 1026.

Leere Farbetonnen
hat abzugeben
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Auf Abzahlung
Ganze Möbelausstattungen
auch einzelne Mobilien.
H. Prüssmann & Sohn
Lübeck, Marlesgrube 23.

100 Mark
geg. gute Sicherheit u. hohe Zinsen v. e. jg. Handwerker ges. Angeb. u. **A A 300** a. d. Exp. d. Bl.

Hausirer! Gesucht ein Hausirer, welcher einen leicht verkäuflichen Artikel mit übernimmt. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Große und kleine Christbäume
sowie auch **Aepfel** hat zu verkaufen.
Friedrich Berott, Schönkampfstraße 20.

J. F. B. Grube, Lübeck, Markt

Inh.: **Rudolf Möller.**

Eisenwaaren- und Hausstands-Geschäft

empfiehlt in **großer Auswahl**

practische Weihnachts-Geschenke jeder Art.

Trauerhüte in großer Auswahl
empfiehlt das Putzgeschäft von
E. du Bois, Moislinger Allee 16.

Zum Weihnachts-Feste

empfehle
sämmtl. Gewürze zur Kuchenbäckerei,
Kuchensyrup, Tannenbaumconfect,
Tannenbaumcakes, Hasel- u. Wallnüsse
Datteln, Feigen,
sowie sämmtliche Colonialwaaren,
J. Stooss, Arnimstr. 10c.

Taschenmesser,
Rasirmesser,
Tischmesser u. Gabel,
Löffel, Forken,
Scheeren, Waffen
zu Weihnachts-Einkäufen in größter Auswahl.
Heinr. Oldorf
Holstenstraße 8.

Tannenbaum-Confect
Tannenbaum-Lichte
Tannenbaumschmuck
Wall- und Haselnüsse
Datteln, Feigen 2c. 2c.
Gustav Otto
Schulstraße 6.

Motards Kronen- u. Wagen-Lichte
allerbeste Qualität, Pfund 70 Pfg.
Glafeys Nachtlichte
Bestes Nachtlampenöl, nicht dünstend.
Lagler's Feueranzünder
30 Stück für 10 Pfg.
Brennsprit, fast geruchlos
Liter 30 Pfg., Flasche 25 Pfg.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Leder-Galoschen
mit Holzsohlen, mit oder ohne Futter, mit Gummizug oder 2 und 3 Schnallen, bestes Fabrikat, in allen Größen vorräthig
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Die berühmten
braunen Kuchen
von Kock & Wilcke, Hamburg
à Packet 15 Pfg. nur bei
H. Bülck
Breitestraße 52.

Prima Kuchensyrup, bestes Weizenmehl, Mandeln, Succade, sämmtl. Gewürze, Gerstgrütze, Hafergrütze, Rinderdärme, Essig, Corinthen, Rosinen, Töpfe, Fässer u. s. w.
empfiehlt billigst
Rud. Kracht, Katzeb. Allee 40.

Wo

kaufen Sie am billigsten
Ihre Wintergarderoben?
Nur allein im
Welthaus „Goldene 33"!
Lübeck, Breitestr. 33, in der 1. Etage.
Anerkannt billigste Einkaufsquelle f. Herren- und Knaben-Garderoben.
1 Abreisskalender für 1901 gratis.
Aufgang vom Flur.

---

der diesjährigen
Eröffnung Weihnachts-Ausstellung.
J. F. Schildt, Kuchenbäckerei, Fischerstraße 3.

Hansa-Brauerei Aktiengesellschaft Lübeck.

— Fernsprecher 161. —

Wir empfehlen unsere ausschliesslich aus bestem Hopfen und Gerstenmalz bereiteten

Lager- und Tafelbiere

in bekannter Güte, sowie unser

Kapuzinerbräu

welches, nach **Münchener Art**, ebenfalls streng nach den Vorschriften des bayrischen Braugesetzes gebraut ist, und erbitten uns Bestellungen direct oder durch die Bierführer.

C. Evers' Pfeffernüsse sind vorzüglich.

Freitag den 14. Decbr.

beginnen wir mit dem Ausstoß unseres

Bock-Bieres

Adler-Brauerei

Fernsprecher 693. **Lübeck.** Fernsprecher 693.

Zum Weihnachtsfeste empfehle:
Ia. Kuchen-Syrup, Mandeln, Succade, Ia. Dampfmehl,
sowie **sämmtliche Gewürze.**

Weine, Arrac, Cognac,
Rum.
Confect, Baum-Cakes, Baumschmuck, Datteln, Feigen, Wall- und Haselnüsse, Apfelsinen.

Cakes, Chocoladen, Thee, sämmtliche Kolonialwaaren
in prima Qualität zu außerordentlich billigen Preisen.

B. Harms,
Untertrave 69, Fischergrube-Ecke.

Als
nützliche Weihnachts-Geschenke
empfehle mein großes Lager in
Arbeiter-Garderoben
Englisch-Leder- u. Manchester-Hosen, blaue Pilot- u. blaue Ueberziehhosen, Leder- u. Manchester-Joppen und Westen, blaue Pilot- und blaue leinene Jacken, warme wollene Loden-Joppen, starke wollene Winterhosen, gestrickte wollene Westen, blaue Flanell- und Normal-Hemden, Krimmer- u. gestrickte Handschuhe, Wäsche-Artikel u. elegante Schlipse, Hüte und Mützen 2c. 2c.
Alles in bekannt dauerhaften Qualitäten zu billigen Preisen.
Louis Levy
Klingenberg, Ecke Marlesgrube.

Messer und Scheeren
Tafelbestecke
Thermometer und Barometer
Brillen
Waffen für Kinder.
Alles sehr gut und billig bei
Diedrich Tesschau
27 Lübeck, Breitestraße 27.

Puppenwagen
Puppensportwagen
in allen Preislagen.
H. Gröper, Mengstr. 18.

Spar-Club „Alles da".
Versammlung am Freitag den 14. Dec.
Abends 8 Uhr im Polierkrug.

Achtung!
Pastadiearbeiter!
Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 14. December
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.
Tages-Ordnung:
1. Kartellbericht.
2. Fragekasten und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Wilhelm-Theater.
Sonntag den 16. December:
Die versunkene Glocke

Stadt-Theater.
Freitag den 14. December:
50. Abonnem.-Vorst. 11. Freitags-Abonnem.
In Behandlung.
Kain.
Sonnabend den 15. December:
Schüler- und Volks-Vorstellung.
Minna von Barnhelm.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für den Inhalt „Stadt und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 291. Freitag, den 14. Dezember 1900. 7. Jahrgang.

Fünfter Bayerischer Parteitag.

Sonntag Nachmittag nach 4 Uhr begannen im kleinen Saale des Saalbaues in Fürth die Verhandlungen des 5. bayerischen Parteitages. Vertreten waren 50 Orte durch 89 Delegirte, außerdem waren eine Anzahl Abgeordnete und Gäste anwesend.

Nach Erledigung der Bureauwahl und Aufstellung der verschiedenen Kommissionen erstattete Genosse Scherm den Bericht des Landesvorstandes, worin er besonders hervorhob, daß die auf dem Würzburger Parteitag beschlossene Umwandlung der Partei-Organisation im Großen und Ganzen sich in zufriedenstellender Weise vollzogen und die Anstände, die sich anfangs ergaben, nur geringfügiger Natur waren. Die drei Gauverbände zählen gegenwärtig 102 sozialdemokratische Vereine mit zusammen über 16 000 Mitgliedern. Die Gesammteinnahmen der Gauvorstände pro 1899 betragen 9800 Mk., diese bilden ein Viertel der von den Organisationen erhobenen Beiträge, so daß man die Einnahmen auf circa 39 000 Mk. schätzen darf; in Wirklichkeit aber sind sie noch größer, da manche Vereine mit ihren statutarischen Leistungen noch im Rückstande sind. Die finanziellen Verhältnisse haben sich nach diesen Zahlen bedeutend gebessert und es soll nun der Anfang damit gemacht werden, daß ein fester Prozentsatz der Einnahmen an die Parteikasse nach Berlin abgeführt wird. Auch in Bezug auf die Agitation sind Fortschritte zu verzeichnen. Die vorjährigen Landtagswahlen haben ergeben, daß die Zahl unserer Wahlmänner sich seit 1893 fast verdoppelt hat, während die Zahl der Abgeordneten von 5 auf 11 stieg. Die Zahl der sozialdemokratischen Urwähler läßt sich leider nicht feststellen, da die amtliche Statistik in dieser Beziehung sehr mangelhaft ist. Bezüglich der Kompromisse bemerkt Scherm, daß diese, obwohl sie von einzelnen Genossen im Reiche als schädlich bezeichnet worden seien, uns, wie der Erfolg gezeigt habe, durchaus nicht geschadet hätten. Daß das Zentrum mit uns Kompromisse suchte, zeuge von der Stärke und dem Einfluß unserer Partei.

Bei den Gemeindewahlen wurde außer in Fürth und in der Pfalz ein nennenswerther Erfolg nicht erzielt, die Ursache liegt in den reaktionären Bestimmungen der Gemeinde-Ordnung, die Gemeinden selbst suchen die Möglichkeit zur Erlangung des Gemeindewahlrechts noch zu erschweren. Es ist auch nicht zu erwarten, daß in dieser Hinsicht in nächster Zeit Besserung eintritt. Erfreuliche Erfolge erzielte dagegen die Arbeiterschaft, soweit sie nicht den bürgerlichen Parteien Heeresfolge leistet, bei den Gewerbegerichtswahlen, und als besonders erfreulich ist es zu bezeichnen, daß sie in einigen schwarzen Domänen den Sieg erfocht.

Mit diesem Referat wurden zugleich die unter den Punkt Agitation und Organisation fallenden Anträge zur Diskussion gestellt, die sich sehr rege gestaltete und, nachdem wegen vorgerückter Zeit die Verhandlungen abgebrochen werden mußten, am anderen Morgen fortgesetzt wurde. Beschlossen wurde, daß der Vorsitzende des Gauvorstandes auf dem Gautag zu wählen ist, daß über Neugründungen von Zeitungen der bayerische Parteivorstand entscheidet, daß der Ausschluß aus der Partei nach den Bestimmungen des allgemeinen deutschen Statuts zu regeln ist und daß bei längerer Arbeitslosigkeit, in Nothfällen oder Krankheit die Beiträge auf Verlangen gestundet oder erlassen werden können.

Den Landesvorstand bildet die sozialdemokratische Landtagsfraktion (bisher Landtags- und Reichstags-Abgeordnete).

Bezüglich des Prozentsatzes der Beiträge, der an die Parteikasse in Berlin abgeliefert werden soll, lagen mehrere Anträge vor. Es wurde beschlossen, 20 pCt. an die Berliner Zentrale abzuführen.

Annahme fanden ferner die Nürnberger Anträge auf Aenderung des Statuts bezüglich der rechtlichen Stellung der Mitglieder (analog dem Mainzer Beschluß).

Endlich wurde noch beschlossen, den Landesvorstand zu beauftragen, von 1902 ab einen Parteikalender herauszugeben.

Hierauf folgte der Bericht der Landtagsfraktion. Hier sprach zunächst v. Vollmar, der auf den sogen. „Kuhhandel" mit dem Zentrum zurückkommt, daß dies keine Kompromisse, sondern taktische Augenblicksverbindungen waren und uns durch das ungerechte Wahlsystem aufgezwungen worden seien. Derartige Mittel sind gefährlich und um sie anzuwenden, muß die Partei eine gewisse Reife und Stärke erlangt haben, um sich nicht die Finger zu verbrennen; wir haben gezeigt, daß man sich durch solche Mittel die Finger nicht verbrennen und daß der Partei der größte Erfolg gesichert werden kann. Hätten wir ein einigermaßen vernünftiges Wahlsystem, so würde Niemand daran gedacht haben, solche Mittel anzuwenden. Freilich ist das Zentrum gestärkt worden, während die liberale Partei zertrümmert wurde, doch liegen bei uns einmal die Verhältnisse so, daß jeder Sitz, den wir erobern, den Liberalen abgewonnen wird. Der Sorte Liberalismus, wie er in Bayern besteht, brauchen wir auch keine Thräne nachzuweisen, er ist der allerschlechteste und unzuverlässigste. Was das Zentrum beträfe, so sei es geradezu wünschenswerth, daß wir ein offenes ultramontanes Regiment haben, bisher hat die Regierung ja auch immer nach der ultramontanen Pfeife getanzt. Das würde Wasser auf unsere Mühlen treiben und die Linksliberalen zu Schritten drängen, vor denen sie heute noch zurückschrecken. Das Land würde ein offenes ultramontanes Regiment nicht lange erdulden. Uebrigens herrschen im Zentrum selbst starke Interessengegensätze, es ist keine einheitliche Partei; auf der einen Seite ist die agrarische Richtung, auf der anderen wächst das Arbeiterelement in die Höhe, und es beginnen schon im eigenen Lager Leute gegen die agrarische Richtung aufzutreten. Die Macht des Zentrums ist keineswegs gewachsen, die Sache ist nicht verschlechtert worden. Das Zentrum muß jetzt Farbe bekennen. Den sehr großen moralischen Einfluß, den wir im Landtage ausüben, danken wir unserer intensiven Arbeit und wir werden auch im neuen Landtage in derselben Richtung in verstärktem Maße weiter arbeiten.

Müller-München berichtete über die Wahlreform. Es folgte hierauf eine kurze Diskussion, worauf sich der Parteitag mit der Thätigkeit der Fraktion einverstanden erklärte.

In der Nachmittagssitzung am Montag wurde der 3. Punkt „Unsere Aufgabe in den Gemeindevertretungen" verhandelt. Hierzu sprach

Abg. Ehrhart: Nachdem unsere Partei sich nach langer Abstinenz auch zu positiver Arbeit in den Gemeinden anschickte, ergab sich die Nothwendigkeit eines gemeinsamen Programms. Die Parteilitteratur auf diesem Gebiete ist dürftig. Es existiren schon einige solcher Programme, wie in München und Sachsen, das letztere ist die beste derartige Arbeit. Es existiren auch zahlreiche Streitfragen kommunaler Natur, die erst geklärt werden müssen. Redner entwickelte die Grundzüge, nach denen die Genossen in den Gemeindevertretungen sich zu richten hätten. Diese sind als erster Grundsatz das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, Regelung der Streitfrage: ob Ein- oder Zweikammersystem, proportionelles Wahlrecht, Erleichterung der Erwerbung des Heimaths- und Bürgerrechtes, Uebernahme der Armenpflege durch den Staat, Abschaffung der Ausgaben für kirchliche und religiöse Zwecke, Regelung der Anstellung der Lehrer, Ueberantwortung der Polizei an die Gemeinden mit Disciplinarrecht, Schaffung eines Wohnungsgesetzes, eines Expropriationsrechts für die Gemeinden, Einführung von Bezirkswahlen, damit nicht eine einzige Partei eine brutale Herrschaft ausübt. Eine Streitfrage sind auch die indirekten Steuern. Die Beseitigung kostet viel Geld, die Umlagen würden riesig in die Höhe schnellen. Grundsätzlich wurde ihre Beseitigung verlangt, aber man müsse successive vorgehen. Ferner sind zu fordern: eine vernünftige Steuerreform, Regelung des Schulwesens, Befreiung der Lehrer von der Kirche, Schulgeldaufhebung, Lehrmittelfreiheit, Einführung von Schulärzten, Errichtung von Ferienkolonien durch die Gemeinden, Rekonvaleszentenheimen, Gemeindeapotheken, Badeanstalten, Lebensmittelkontrolle, und als Hauptfrage: eine vernünftige Wohnungspolitik zur Steuerung der Wohnungsmisere. Es ist eine Wohnungsinspektion mit Aerzten zu verlangen zur Beseitigung der Pesthöhlen. Der Wohnungspreis muß beeinflußt werden. Die Gemeinden haben Komplexe anzukaufen, dann fordern wir Ausdehnung der Verkehrsmittel, Kanalisation, Wasserleitung, Monopolisirung der Elektrizität, Regelung des Submissionswesens. Die Sozialpolitik bietet eine Fülle von Aufgaben: Gleichstellung der Gemeindebediensteten mit den Beamten, Erhebung der Gemeindebetriebe zu Musteranstalten, Nothstandsarbeiten (aber mit Maß!) Hier ist ein weites Feld der Thätigkeit für die Gewerkschaften. Doch muß nicht alles auf einmal verlangt, sondern systematisch vorgegangen werden. Bei Schaffung eines Programms darf nicht alles über einen Kamm geschoren werden, es ist zu erwägen, was für die Stadt und für das Land taugt. Redner beantragte, eine Kommission einzusetzen, die dem nächsten Parteitage einen Entwurf vorzulegen hat.

Hieran schloß sich eine sehr lebhafte Diskussion, in der sich zahlreiche Stimmen für und wider die Vorschläge erhoben. Einen vielumstrittenen Punkt bildete die Frage, ob es angängig sei, unter den jetzigen Verhältnissen die indirekten Steuern abzuschaffen, wobei besonders auch die Haltung der Fürther Genossen in der Gemeindevertretung dieser Frage gegenüber kritisirt wurde, die theilweise den Standpunkt vertraten, daß die Abschaffung der indirekten Steuern auf die Lebensmittelpreise ohne Einfluß bliebe.

Sodann wurde der Landesvorstand beauftragt, mit dem Rechte der Kooptation ein Kommunalprogramm auszuarbeiten. Der nächste Parteitag findet im August 1902 in Ludwigshafen statt und es werden zur Tagung zwei volle Tage angesetzt. Hierauf wurde der Parteitag mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Eine große allgemeine Lohnbewegung im Berliner Baugewerbe steht für nächstes Frühjahr in Aussicht.

Zum Konflikt in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung" liegen bisher neue Aeußerungen von betheiligter Seite nicht vor.

Der deutsche Buchbinderverband nimmt in Folge Einspruchs der Berliner Mitglieder am 6. Januar 1901 eine Urabstimmung vor, durch die festgestellt werden soll, ob fortan ein wöchentlicher Extrabeitrag von 10 Pfg. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder zur Erhebung gelangen soll.

Das Fürther Arbeitersekretariat, welches seitens der dortigen Holzarbeiter-Zahlstelle unterhalten wurde, hat seine Thätigkeit wegen Abganges des bisherigen Leiters eingestellt.

Die Errichtung eines Arbeitersekretariats in Berlin steht für den Beginn des neuen Jahres in sicherer Aussicht. Die Kosten sind auf 10 000 Mark berechnet. Ein Drittel der Kosten tragen die Berliner Gewerkschaften, ein Drittel die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg und ein Drittel die Gewerkschaftskartelle in den verschiedenen deutschen Städten. Es sind zwei juristisch und volkswirthschaftlich gebildete Beamte und ein ärztlicher Beirath anzustellen. Die Hauptthätigkeit des Arbeitersekretariats soll in der mündlichen Vertretung der Arbeiter vor dem Reichsversicherungsamt, daneben in Auskunftsertheilung in allen Arbeiterangelegenheiten bestehen, die von dem Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission nicht erledigt werden

Die Rivalinnen.

Roman von E. Labarrière.

(33. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Seine Flucht hatte etwas so Komisches, daß Herr Serviere sich nicht enthalten konnte, zu lachen.

„So das ist das beste; nun geh' aber . . ."

Kaum war der Andere verschwunden, als Tritte auf dem Treppenabsatz vernehmbar wurden.

„Armer Junge", sagte Herr Serviere vor sich hin, als er einen Blick in die Briefe warf; es war ihm, als ob er die Schriftzüge kenne.

„Herr des Himmels!"

Er zitterte am ganzen Körper, wie ein Blatt im Winde. Vielleicht täuschte er sich. — Es wäre zu furchtbar . . . Louise . . . Die Mutter Charlottens. Sollte denn diese Frau ihn nie Ruhe finden lassen. Er sah sie die Treppe heraufsteigen, vernahm das Rauschen ihres Kleides. Er hatte sich nicht getäuscht, sie war es, Louise Grenduret, die treulose Gattin, die herzlose Mutter. Die Heirath zwischen Julien und Charlotte, der Tochter mit dem Geliebten der Mutter war unmöglich. Unmöglich! Mußte denn die Unschuldige geopfert werden? Nein, weg mit den wahnsinnigen Bedenken, weg mit der Prüderie der landläufigen Moral. Die wahre Moral heischte, daß der Vater sein Kind rette. —

Es klopfte; sie trat ein.

„Herr Julien de Kervinian?"

Der Ton der Stimme übte keine Wirkung auf ihn. Eine merkwürdige Ruhe kam über ihn.

„Herr de Kervinian ist ausgegangen, Madame", antwortete er mit fester Stimme. „Da er Ihren Besuch voraussah, bat er mich, Sie zu empfangen. Ich heiße Thibault Serviere, bin sein alter Vormund und Vater seiner Braut."

„So mein Herr. Die Unterredung, die ich mit Herrn von Kervinian haben muß, verträgt aber leider keinen Dolmetscher. Wo kann ich ihn finden?"

„Er hat Paris verlassen, Madame."

Sie ging einen Schritt vor, als wollte sie gegen die Behauptung des Herrn Serviere protestiren. Dann fuhr sie mit einem spöttischen Lächeln fort.

„Herr von Kervinian hat Ihnen ohne Zweifel einen Auftrag für mich gegeben.

„Ja Madame, Ihnen dieses Packet Briefe zurückzugeben."

„Darf ich fragen, warum Herr von Kervinian Paris verlassen hat."

„Um sich zu verheirathen."

„Mit Fräulein Charlotte Serviere, Ihrer Tochter?"

„Ja, Madame."

In ihren Mienen zeigte sich keinerlei Bewegung. Ein starres Lächeln haftete auf ihren Lippen.

„Und Sie glauben, daß diese Ehe zu Stande kommen wird?"

„Sie wird zu Stande kommen, denn sie muß es.

„Muß? Ist es denn vielleicht schon so weit gekommen?"

Thibault zuckte unter dieser frechen Beleidigung zusammen, aber es gelang ihm, sich zu beherrschen.

„Noch eine Frage: hat Sie Herr von Kervinian über die Natur dieser Briefe aufgeklärt?"

„Ich hatte nicht Lust hinein zu sehen."

„Er hat Ihnen aber doch gesagt, wie er mit mir stand?"

„Madame, ich verstehe Sie nicht."

„Sie wollen mich nicht verstehen, Herr Thibault. Aber sie sollen mich verstehen. Gerade heraus: Julien ist mein Geliebter. . ."

„Glauben Sie jetzt noch, daß die Ehe zu Stande kommt?"

„So Gott will", antwortete Thibault mit Würde.

Louise biß sich auf die Lippen, außer sich über diesen kühlen Gegner.

„Ich bin aber noch da. Nehmen Sie sich in Acht. Ich habe von Ihnen und den Ihrigen keine Ahnung gehabt, mich nicht um Sie und Ihre Tochter gekümmert. Sie treten mir in den Weg. Sie versuchen mir meinen Geliebten abzuspannen, das ist Ihr Recht. Aber ich will Ihnen etwas sagen. Wenn ich auch zuweilen Einem den Abschied gebe, ich lasse mich niemals verabschieden. Ich werde ihn festhalten, ihn holen, wo es auch sei, selbst in Ihrem Hause, aus den Armen seiner . . . seiner Braut."

Die Augen Thibaults funkelten.

„Finden Sie nicht, Madame, daß diese Unterredung schon zu lange gedauert hat?"

„Für heute ja. Wir werden uns wiedersehen an einem anderen Tag, dessen können Sie sicher sein!"

Wie eine zürnende Juno schritt sie der Thür zu. Auf der Schwelle hielt sie an und, um ihrem Gegner zu zeigen, daß sie ihn wohl erkannt habe, sagte sie mit ironischer Ehrfurcht:

„Auf Wiedersehen, Herr Thibault d'Orlanges, auf Wiedersehen."

Als sie fort war, öffnete Thibault das Fenster. Das Blut stieg ihm in den Kopf. Er hatte die Empfindung, als ob Alles verloren sei. Mit einem Schlage war er 19 Jahre zurück versetzt, dort in den Justizpalast von Vignecourt. Er hielt die kleine Charlotte auf den Knien und erzählte ihr die Geschichte von der bösen Königin. Er hörte die Stimme der Kleinen. „Nicht wahr, Papa, die böse Königin ist tot?" Nein, sie ist nicht todt. Nach 19jährigem Schlafe ist sie erwacht.

„Nun, wie ist es abgelaufen?"

Julien, welcher den Weggang Madame Watsons bemerkt hatte, war eingetreten. Bei seinem Anblick fühlte Her-

können. Wahrscheinlich wird das Sekretariat mit dem Bureau der Kommission, wo schon heute zwei Angestellte der Berliner Gewerkschaften thätig sind, vereinigt werden. Auf eine dahingehende Anfrage hat der Präsident des Reichsversicherungsamtes erklärt, daß die Arbeitersekretäre zur Vertretung der Arbeiter zugelassen würden. Früher haben die einzelnen Senatspräsidenten öfter dagegen Einspruch erhoben.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Gotha hatten sich die Hirsch-Duncker'schen hinter den Gewerbeverein versteckt und mit diesem zusammen eine Liste aufgestellt. Während aber die Hauptliste der Gewerkschaften 467 und die Reserveliste der Gewerkschaften 187 Stimmen erhielten, fielen auf die offiziell vom Gewerbeverein aufgestellte Liste ganze achtundzwanzig Stimmen. Nicht einmal der zehnte Theil der eigenen Mitglieder beider Organisationen haben für ihre Liste gestimmt. Deutlicher konnte die Gesammtarbeiterschaft Gothas ihre Mißbilligung der Harmonie-Duselei nicht ausdrücken.

Das Versammlungsrecht in Sachsen-Weimar. Die vom Professor Abbe in Jena jüngst durch einen Vortrag so wirkungsvoll vertheidigte Versammlungsfreiheit scheint nunmehr langsam auch wieder von den Polizeibehörden anerkannt zu werden. Am Freitag Abend fand in Wenigenjena eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Heinrich Schulz aus Erfurt (in der bisher gewohnten Polizeidefinition ein „gewerbsmäßiger Agitator, der für seine aufreizende Sprechweise hinlänglich bekannt" ist) einen Vortrag über das Thema: „Warum müssen wir uns am politischen Leben betheiligen?" hielt. Das Thema war also staatsgefährlich genug. Trotzdem ist von der Versammlung „eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit" nicht ausgegangen. Die Angst der Polizei ist stets unbegründet.

Dr. Therese Labriola, Tochter unseres Parteigenossen Antonio Labriola, des bekannten Soziologen an der römischen Universität, wurde zur Privatdozentin der Philosophie an der Universität Rom ernannt.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Amtlicher Nachweisung zufolge sind im Monat November auf den deutschen Münzstätten für 3 214 080 Mk. Doppelkronen und für 1 406 160 Mk. Kronen, und zwar sämmtlich auf Privatrechnung, geprägt worden; außerdem für 1 395 610 Mk. silberne Fünfmarkstücke, für 2 379 184 Mk. Zweimarkstücke, für 493 845 Mk. Einmarkstücke, für 95 896 Mk. Fünfzigpfennigstücke, für 321 204,20 Mk. Zehnpfennigstücke, für 115 693,90 Mk. Fünfpfennigstücke und für 52 589,02 Mk. Einpfennigstücke. Von den zur Einziehung gelangenden Münzsorten waren Ende November noch für 4 337 990 Mk. goldene Fünfmarkstücke, für 7 705 534,40 Mk. silberne Zwanzigpfennigstücke und für 5 005 073,60 Mk. Nickelzwanzigpfennigstücke im Umlaufe. — In der städtischen Sparkasse zu Dommitzsch (Provinz Sachsen) sind große Unterschlagungen entdeckt worden, die der Stadtkämmerer Hannemann verübt hat. Die Veruntreuungen sollen nach der „Volksztg." viele Jahre zurückreichen und an 100 000 Mk. betragen. — Auf der Niederrheinischen Hütte bei Duisburg ereignete sich eine Kesselexplosion. Ein Arbeiter war sofort todt, einer starb, einer ist leicht verletzt. — Die „Rhein.-Westf. Ztg." meldet aus Minden: In der Eisensteingrube „Wohlverwahrt" entlud sich Montag Nachmittag unvermuthet ein Sprengschuß und tödtete zwei Bergleute. — Der Oberrhein fällt wieder; in Köln steigt der Rhein dagegen noch langsam. In Ruhrort ist das Wasser so hoch gestiegen, daß die unteren Hafenmolen überschwemmt sind. Auch in Duisburg mußte der innere Hafen wegen Hochwassers geschlossen werden. Das Wasser der Mosel geht zurück, allerdings wird von dort wieder Regen gemeldet. — Auf der Eisenstein-Grube „Creisbach" bei Siegen stürzte ein Schacht ein. Von der 6. Sohle bis 10 Meter unter die 10. Sohle, eine Tiefe von etwa 510 Meter, wurde Alles mit fortgerissen. Acht Bergleute könnten sich retten, ein in der Grube beschäftigter Zimmermann stürzte mit hinunter und hat wahrscheinlich seinen Tod gefunden. Die angestellten Rettungsarbeiten waren bislang ohne Erfolg. Das im Schachte befindliche Holzgerüst war von der in der Grube starke Dämpfe entwickelnden Dampfheizung morsch geworden, so daß es einem Drängen der Gesteinsmengen nicht mehr Stand zu halten vermochte. — Bei dem Einsturz eines Neubaues auf dem Jowinski-Boulevard zu Moskau wurden neun Zimmerleute erschlagen, während sechs Zimmerer leichte Verletzungen erlitten.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Zu der Relegirung eines zehnjährigen Schülers in Berlin wegen Majestätsbeleidigung berichtet die „Post", daß der Knabe, der Sohn eines Berliner Rechtsanwalts, aus Anlaß des Breslauer Zwischenfalls sein Bedauern ausgesprochen, daß das geisteskranke Weib nicht besser getroffen, und außerdem beleidigende Karrikaturen gezeichnet habe. In den bisherigen Mittheilungen war davon die Rede, daß die Aeußerung gefallen sei auf eine Frage des Direktors. Wie der Direktor dazu kam, eine Frage wegen des Breslauer Zwischenfalls an einen Schüler zu stellen, ist nicht recht ersichtlich.

Ergebnisse der Volkszählung 1900. Schöneberg 95 939, Kiel 107 071, Insterburg 25 024, Köln 370 685, M.-Gladbach 57 659, Kreuznach 21 246, Schweinfurt 15 226, Bamberg 41 626, Braunschweig 126 052, Cannstatt 26 449, Lüneburg 24 703, Hildesheim 42 843, Görlitz 80 842, Weimar 28 491, Köthen 22 078, Tilsit 34 600, Eberswalde 21 614, Apolda 20 332, Osnabrück 51 478.

Wegen Mißhandlung eines Untergebenen in 15 (!) Fällen war der Unteroffizier Breits vom Gardekürassierregiment in Berlin zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil war Berufung eingelegt worden, weil es sich um 20 Fälle von Mißhandlungen handle. In der erneuten Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht des Gardekorps wurde dem Gerichtshof durch den Verhandlungsführer, Oberkriegsgerichtsrath Bever, der Thatbestand aufgerollt. Im Juli d. J. wurde der Kürassier Heine von der zweiten Eskadron des oben erwähnten Regimentes plötzlich von Tobsucht befallen und mußte nach dem Garnisonlazareth in Tempelhof übergeführt werden. Der Verdacht wurde rege, daß H. die Krankheit durch Mißhandlungen erlitten habe, umsomehr als der Patient in der Rekonvalescenz angab, daß er von dem Unteroffizier Breits, seinem Korporalschaftsführer mit dem Deckengurt geschlagen worden sei. Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß in der That der Unteroffizier B. diesen seinen Untergebenen etwa 15—20 Mal theils mit der flachen Hand, theils mit der geballten Faust oder mit dem Deckengurt gezüchtigt habe. B. wurde nun am 27. Oktober vor ein Kriegsgericht gestellt und in der oben erwähnten Form verurtheilt. Die Gutachten der ärztlichen Sachverständigen stimmten darin überein, daß Heine nicht geistig normal und daß der Zustand seiner Krankheit sich als ein heilbarer Erschöpfungszustand des Gehirns herausgestellt habe, die durch Mißhandlungen nicht hervorgerufen sei. Zu dem Ausbruch des Leidens möge die Ungewohntheit des Dienstes und der Wechsel der Lebensführung beigetragen haben. Eine Wiederherstellung der Gesundheit sei nur dann möglich, wenn H. in seine Heimath auf das Land entlassen werde. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängniß, der Gerichtshof beließ es bei der ersten Strafe von drei Monaten. — Soldaten, die sich gegen ihre Vorgesetzten vergehen, kommen nicht so glimpflich davon.

Vor fünfundzwanzig Jahren. An eine der schrecklichsten Katastrophen erinnert der letzte 11. Dezember. Ein Vierteljahrhundert war verflossen, seitdem am 11. Dezember 1875 die Explosion der Höllenmaschine des Massenmörders Thomas in Bremerhaven erfolgte. Es handelte sich bekanntlich um einen langer Hand vorbereiteten Plan, durch dessen Ausführung sich Thomas in den Besitz enormer Summen zu setzen gedachte. Er beabsichtigte, mit dem Dampfer „Mosel", der nach Newyork bestimmt war, nur bis England zu fahren und dort das Schiff zu verlassen, da in dem englischen Hafen angeblich werthvolle, zu Gunsten des Verbrechers sehr hoch versicherte Frachtstücke an Bord verladen werden sollten. Die Höllenmaschine, die schon in Bremerhaven auf den Dampfer gebracht werden sollte, war so konstruirt, daß ihre Explosion nach achttägigem Gang des Uhrwerkes stattfinden mußte und zwar zu einer Zeit, in der sich das Schiff noch mitten auf dem Ozean befunden hätte und ohne Zweifel vollständig zerstört worden wäre. Die Ursache der Katastrophe wäre dann wohl niemals ermittelt worden und Thomas hätte die beträchtliche Versicherungssumme eingestrichen. Die Maschine befand sich in einem Faß, in dessen einer Abtheilung ein unhörbar gehendes Uhrwerk angebracht war, das, sobald es abgelaufen war, durch den Schlag einer Nadel ein Zündhütchen entzünden sollte, um eine beträchtliche Quantität Nitroglyzerin in der anderen Abtheilung des Fasses zur Explosion zu bringen. Durch einen Zufall, der zwar sehr schlimme Folgen hatte, aber doch weit Entsetzlicheres verhütete, entlud sich die Höllenmaschine vorzeitig in Bremerhaven, als das Faß nach dem Schiff transportirt werden sollte. Mehr als 100 Menschen fielen dem Verbrechen zum Opfer, etwa die Hälfte von ihnen wurde auf der Stelle getödtet. Schwerer als die „Mosel" wurde ein im Hafen liegender Schleppdampfer beschädigt. Thomas, der früher Kapitän eines amerikanischen Handelsschiffes gewesen sein soll und zuletzt in einem Vororte Dresdens lebte, suchte sich, als er das Mißlingen seines Vorhabens bemerkte, durch mehrere Revolverschüsse zu tödten; er legte noch ein Geständniß ab, starb aber bereits nach 5 Tagen im Krankenhause in Bremerhaven.

Zur Anarchistenhatz wird dem „Volkswillen" aus Osnabrück geschrieben: Eine Haussuchung wurde hier kürzlich bei mehreren, wie es hieß, „anarchistischer Umtriebe verdächtigen" Personen vorgenommen. Einem der Betheiligten, einem Holländer, ist schon durch eine Ausweisungsordre die deutsche Gastfreundschaft klar gemacht worden, während einem Anderen seine anarchistische Gesinnung von der Polizeibehörde auf einem Briefumschlag bescheinigt wurde!! Das Kouvert, in dem die beschlagnahmten Briefe wieder zurückgesendet wurden, enthielt nämlich als Adresse die Aufschrift: „An den Anarchisten (!!) Schuhmacher . . . . ." So etwas dürfte denn doch wohl noch nicht dagewesen sein. Sonst war es eine alte beliebte Praxis mancher Polizeiorgane, politisch anrüchige Personen bei ihren Arbeitgebern in den Werkstätten oder Fabriken aufzusuchen. Wir sind doch gespannt darauf, ob in Zukunft hier in unserem lieben Osnabrück die politische Gesinnung wohl überhaupt als Signatur den Briefen aufgedrückt wird, oder ob es sich nur um diesen einen Fall handelt. Jedenfalls muß gegen eine solche Handlungsweise auf das Schärfste protestirt werden.

Die Zukunft der Stumm'schen Werke. An der Berliner Börse wurde dieser Tage das, auch von uns wiedergegebene Gerücht kolportirt, daß die Firma Friedrich Krupp die Stumm'schen Werke ankaufen wolle. Eine derartige Absicht wurde jedoch alsbald wieder in Scharfmacherblättern bestritten. Nichtsdestoweniger liegen eine Reihe Gründe für die Möglichkeit eines solchen Ankaufs vor. Einmal soll der Abg. v. Stumm angesichts seines Alters und seiner gesundheitlichen Verhältnisse sich von seiner industriellen Thätigkeit sobald wie möglich zurückziehen wollen. Andererseits hat die Firma Krupp ein großes Interesse an den Werken, die dem direkten oder indirekten Einfluß des Freiherrn v. Stumm unterstehen. Dazu gehören nämlich auch einige Unternehmungen, die für die Herstellung von Kriegsmaterial (Panzerplatten 2c.) in Betracht kommen. Für die Firma Krupp liegt es ungemein nahe, diese Konkurrenzwerke zu erwerben. Endlich darf auch nicht vergessen werden, daß vor einiger Zeit Herr Krupp sich mehrere Tage lang in Neunkirchen aufhielt und bei dieser Gelegenheit die Stumm'schen Etablissements einer eingehenden Besichtigung unterzog. Daß bei dieser Gelegenheit es sich vornehmlich um die Zukunft der Stumm'schen Werke handelte, darf als sicher angenommen werden. Man wird ja bald das Ergebniß schwebender Verhandlungen erfahren und solange sich noch gedulden können.

Wahlscherze. Bei der Landtagswahl in Stuttgart wurde ein Stimmzettel abgegeben, der neben dem Namen des Kandidaten die Bemerkung trug: „Jesaias 41, 24." Der Zettel wurde beanstandet, denn die betreffende Bibelstelle lautet: „Siehe, Ihr seid aus nichts und Euer Thun ist auch nichts, und Euch wählen ist ein Gräuel." — Ein Abonnent theilt der „B. B.-Ztg." von der Reichstagswahl Paderborn-Büren nachstehendes ergötzliche Kuriosum mit: Ein Zettel wies die Aufschrift auf: „Herr Propst Nacke hat für uns Alle gewählt. Warum werden wir noch mit der Wahl gequält?"

Serviere einen Widerwillen, über den er nicht Meister werden konnte.

„Diese Frau ist sehr klug. Sie hat sofort alles begriffen."

Ein so kühler Verzicht verblüffte Julien. Er fühlte sich noch nicht genügend gerächt. — Die Vorbereitungen zur Reise waren schnell getroffen. Um 3 Uhr 50 Minuten ging der Zug ab. Herr Serviere schlief, von den Strapazen der Reise ermüdet, ein; Julien dachte fortwährend an Madame Watson, nicht etwa mit Liebe, nein, mit bitterem Haß.

Dritter Theil.

I.

Herr Serviere schlug gleich nach der Rückkehr vor, mit Charlotte und Julien irgend eine Reise zu unternehmen, etwa an den Rhein. So konnte man den Nachforschungen der Frau Watson für einige Zeit aus dem Wege gehen. Aber Charlotte fühlte sich, obwohl sie nun fast vollständig wiederhergestellt war, doch noch zu schwach. Außerdem wollte sie Sankt Maria nicht verlassen, wo sie die glücklichen Stunden von ehemals wiederkehren zu sehen hoffte. Er selbst wurde dann bettlegerig; die übergroßen Aufregungen hatten seine Kraft erschöpft.

„Sie überschätzen Ihre Leistungsfähigkeit," sagte der Arzt. „Sie meinen immer, Sie wären zwanzig Jahre alt. In Ihrem Alter zwölfhundert Kilometer fast in einer Tour machen, zwei Nächte im Wagen zuzubringen, ist der helle Unsinn, und rächt sich, Sie werden mindestens acht Tage daran zu laboriren haben."

Die alte Lisbeth brummte mit. Ob so etwas erlaubt sei. Man hätte an dem einen Kranken noch nicht genug, das Haus solle wohl in ein Spital umgewandelt werden. O Gott!

Er verbrachte eine schlimme Woche in seinem Zimmer. Bei dem geringsten Geräusch fuhr er, in fieberhafter Aufregung, auf. Als dann die Abspannung zunahm, ließ die Unruhe ein wenig nach. Luise würde doch wohl über die Schändlichkeit ihrer Rivalität in's Klare gekommen sein und von der Ausführung ihrer Drohungen abstehen. Er fand da gerade in der Zeitung den Bericht über eine große musikalische Soirée bei Madame Watson, die eine Reihe von Festen eröffnen sollte. Sie wird sicher nicht kommen. Da er sich in dieser Beziehung beruhigt fühlte, concentrirte sich sein Denken auf die Frage nach der Heirath. Diese unnatürliche Verbindung erschreckte ihn und doch konnte er sich ihr nicht widersetzen. Er würde Charlottens Leben auf's Spiel setzen, sie, die kaum Genesene in das Elend zurückstoßen. Wie stark auch seine Bedenken waren, er war durch die absolute Nothwendigkeit gezwungen, sie zum Schweigen zu bringen. Er versuchte nun, sich selbst zu täuschen. Wie viele als sehr ehrenhaft bekannte Leute hatte er gekannt, die erst in die Mutter verliebt gewesen, ehe sie sich der Tochter zuwendeten. Man begnügte sich ihnen gegenüber mit einem Lächeln. Und wie viel Zufälligkeiten waren hier im Spiel, die den Fall minder schwer erscheinen ließen. Julien hatte keine Ahnung vom Zusammenhang der Dinge und würde keine erlangen, da Frau Watson entschlossen schien zu schweigen. Aber trotz alledem empörte sich sein Gewissen, und er hoffte im Stillen, daß die Heirath nicht zu Stande komme, ein Zufall den Knoten durchhauen möche. Seine Krankheit diente ihm als Vorwand, nicht allzu oft mit Julien zusammenzutreffen, dessen Anblick bei ihm immer eine peinliche Empfindung hervorrief.

Charlotte befand sich äußerst wohl. Von ihrem Verlobten begleitet, machte sie auf Anrathen des Arztes lange Spaziergänge durch die Wälder um „Sankt Marie". Hie und da ging Lardoyer mit, wenn er sich von seinen Geschäften freimachen konnte. Sie marschirten auf's Geradewohl, sich an der Luft, der Sonne, am Frühling berauschend, und brachten einen tüchtigen Appetit nach Haus.

Herr Urbain hatte Grund, über das Benehmen seines Erben einigermaßen überrascht zu sein. Der gute Bursche war aber zu glücklich. Wenn Charlotte wieder zum Leben erwacht war, sich wie eine Winde nach dem Sturme wieder aufgerichtet hatte, so war das zur Hälfte sein Werk. Er freute sich desselben wie ein Kind, erging sich in drolligen Einfällen und lustigen Witzen. Sein Verhalten stand im seltsamen Gegensatz zu dem Juliens, der immer so aussah, als ob er eine ihm aufgedrängte Rolle spiele. Sein Lachen hatte etwas Gezwungenes. Unter der Maske fieberhafter Fröhlichkeit konnte man eine unerklärliche Bitterkeit, den Schmerz, den eine unsichtbare Wunde verursachte, entdecken. Auf seine Scherze folgten pessimistische Sentenzen, die er mit dem Brustton der Ueberzeugung vorbrachte, von Schopenhauer entlehnte Redensarten: Das Leben sei eine immerwährende Lüge; es halte seine Versprechungen nicht, es zeige, wie wenig wünschenswerth die meisten Wünsche seien; der Mensch sei der ewig Gefoppte, bald durch die Hoffnung, bald durch das Erhoffte.

„Armer Dichter," pflegte Theophraste alsdann lachend auszurufen.

Charlotte lächelte ebenfalls, fühlte sich aber dabei sehr unbehaglich. Die Krisis hatte sie gereift, ihr verfeinerte Sinne, die fertige Erkenntniß der Frau verliehen. An unscheinbaren Kleinigkeiten merkte sie, daß Julien nicht mehr derselbe war, daß er sie nicht mehr wie ehemals liebte. In der ersten Freude, ihn wieder zu haben, beruhigte sie sich nicht darüber. Er zeigte sich ihr gegenüber von tadelloser Correctheit. Aber in dieser Correctheit zeigte sich eben das Gezwungene Sie vermißte die alte Frische, die frühere Vertraulichkeit. Sie begann ihn zu beobachten. Sowie r sich allein glaubte, verließ ihn die zur Schau getragene Fröhlichkeit. Düstere Träume, geheime Angst malten sich auf seinem Gesicht, dumpfe Entmuthigung oder auch plötzliche Zornesanfälle sprachen aus seinen Augen. Sein Licht brannte bis spät in die Nacht hinein; die Haufen von Cigarettenüberreste, die sich Morgens auf seinem Kamin fanden, zeugten von seinen Nachtwachen, seinem Bedürfniß, im Nicotinrausch Vergessen zu suchen. Sie begann für ihr erhofftes Glück zu zittern. In ihrer Angst schüttete sie eines Tages Theophraste ihr Herz aus.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.